

8 *Schicht um Schicht lagert die Zeit* – Günter Grass als Deuter der Vergangenheit

„Besonders bereitet die kollektive Erinnerung der älteren Generation Mühe. Vielleicht ist uns Deutschen deshalb die typische und ein Klischee betonende Neuwortprägung ‚Erinnerungsarbeit‘ eingefallen“¹, bilanzierte Günter Grass. Auch in der Berliner Republik hatten „die Themen Geschichte, Gedächtnis und Erinnerung eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung“². Nach der Deutschen Einheit wurden geschichtspolitische Fragen „von der Diskussionsintensität her keineswegs als unwichtige Randthemen debattiert, sondern schlugen hohe Wellen im öffentlichen Diskurs“³. Dies liegt darin begründet, dass sie der „Gesellschaft zur Schärfung und Bewusstwerdung ihres Wertefundaments“⁴ dienen und damit einen „Griff nach der Deutungsmacht“⁵ darstellen. Sie können „Machtfragen beeinflussen“⁶, sodass bei „geschichtspolitische[n] Neuakzentuierungen [...] politische Interessen [zu Grunde liegen], die mit Hilfe geschichtspolitischer Beeinflussungen und Deutungen durchgesetzt werden sollen“⁷.

Manuel Becker kam im Zuge seiner politikwissenschaftlichen Untersuchung zu dem Urteil, dass Intellektuelle in der Berliner Republik in der Geschichtspolitik die Rolle der wirkungsmächtigsten Sinnproduzenten verloren hätten und Journalisten ihren Platz einnahmen.⁸ Dagegen nannte Aleida Assmann Grass noch 2016 als Beispiel dafür, dass die „neue Deutung der Geschichte und der neue Erinnerungsrahmen [...] stark von Medien und von Künstlern vorbereitet“⁹ werden. Grass verfügte über eine besondere kommunikative Macht in der Geschichtspolitik, da er sich durch sein literarisches Werk eine Reputation in dem Themenfeld erarbeitet hatte. Der Intellektuelle prägte die entsprechenden Diskurse der Bonner Republik, sodass ein nahtloses Engagement in der Berliner Republik zu erwarten war.

1 Günter Grass, *Ich erinnere mich ...*, in: NGA 23, S. 287.

2 Manuel Becker, *Geschichtspolitik in der „Berliner Republik“*. Konzeptionen und Kontroversen, Wiesbaden 2013, S. 35.

3 Becker, *Geschichtspolitik*, S. 503.

4 Becker, *Geschichtspolitik*, S. 192.

5 Heinrich August Winkler, *Der Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*, Göttingen 2004.

6 Peter Steinbach, *Politik mit Geschichte – Geschichtspolitik?*, in: BpB, 28.03.2008.

7 Steinbach, *Politik mit Geschichte – Geschichtspolitik?*, in: BpB, 28.03.2008.

8 Vgl. Becker, *Geschichtspolitik*, S. 514–516.

9 Elena Rauch, *Erinnerungsforscherin Aleida Assmann: Die Zukunft der Vergangenheit*, in: OTZ, 08.05.2016.

8.1 *Vergegenkunft* – Günter Grass' Geschichtskonzept

Das Dritte Reich und die daraus resultierende Schuld der Deutschen prägten das literarische Werk von Günter Grass und begründeten sein politisches Engagement. In verschiedenen Reden und Interviews sprach der Intellektuelle in der Berliner Republik wiederholt über die Lehren, die er aus seinen eigenen Erfahrungen im Nationalsozialismus zog (vgl. Tabelle 69).

Tabelle 69: Günter Grass' politisches Konzept in der Geschichtspolitik.

Problemdimensionen	Geschichtspolitik: <i>Vergegenkunft</i>
Problemsicht	Auschwitz als Zäsur prägend Schuld und Scham der Verbrechen vergehen nie,
Problemursachen	Nationalsozialismus: Krieg und Verbrechen der Deutschen Nationalismus durch Einheitsstaat befördert
Problemverursacher	Gesamte deutsche Kriegsgenerationen CDU-geführte Regierungen
Problemadressat	Bürger, nächste Generation, Regierung
Problemfolgen	Scham und Schuld Ängste der Nachbarn: Polen Rechtsradikalismus
Problemopfer	Juden, Sinti & Roma, Homosexuelle, Behinderte NS-Zwangsarbeiter, Angehörige der Polnischen Post Nachbarstaaten, wie Polen oder Tschechien Deutsche Opfer: Vertreibung
Problemlösung	Brücken bauen durch Kunst, Literatur und politisches Engagement Erinnerung an Opfer auf beiden Seiten, Folgende Generationen ermutigen zu zweifeln
Problemziel	Versöhntes Europa, das Nationalismus überwindet
Deutungsmuster	<i>Historisch:</i> Lehren aus der Vergangenheit ziehen, <i>Kultur:</i> Grenzüberschreitende Kultur
Interventionstyp	Allgemeiner/Spezifischer Intellektueller

Grass vertrat die *Problemsicht*, dass die Deutschen die Schuld an Holocaust und Zweitem Weltkrieg niemals tilgen können. Diese bleibe vielmehr als „nicht wegzuredende[r] Bodensatz“¹⁰ in Zukunft bestehen. In seiner vielbeachteten Rede *Schreiben nach Auschwitz* erklärte er 1990: „Das wird nicht aufhören, gegenwärtig zu bleiben; unsere Schande wird sich weder verdrängen noch bewältigen lassen [...]. Auschwitz wird, obgleich umdrängt von erklärenden Wörtern, nie zu begreifen sein.“¹¹ Für den Intellektuellen war diese Schuld ein Bestandteil des „nationalen Selbstverständnis[es]“¹² der Deutschen und ein „bleibendes Brandmal unserer Geschichte“¹³. Er verweigerte sich daher auch, die Berliner Republik als Nullpunkt zu betrachten.¹⁴ Grass war klar, dass den Deutschen immer wieder „die Vergangenheit auf die Schulter klopft“¹⁵. Aus diesem Grund kritisierte er die „deutsche Vergeßlichkeit“¹⁶ in der Politik, die immer wieder zu Irritationen in den außenpolitischen Beziehungen führe.¹⁷

Der Intellektuelle bekämpfte in der Berliner Republik vehement die von ihm ausgemachten *Problemursachen* des Dritten Reiches, um eine Wiederholung zu vermeiden.¹⁸ Schuld waren in seinen Augen der deutsche Einheitsstaat und der damit verbundene Nationalismus. Grass argumentierte im Vereinigungsprozess scharf gegen einen zentralen Einheitsstaat, der bislang nur Leid und Unglück verursacht habe und für ihn die „früh geschaffene Voraussetzung für Auschwitz“¹⁹ darstellte (vgl. IV. Kap. 2.1). Später gab der Schriftsteller zu, dass er die Stärke des Föderalismus in Deutschland unterschätzt habe.²⁰ Nach der Einheit betrachtete Grass mit Sorgen den „nach nur kurzem Schlaf wiedererwachten Nationalismus“²¹ in Deutschland sowie in Ost- und Mitteleuropa. Der Intellektuelle bezeichnete den Rechtsrutsch als „Rückfall in deutsche Barbarei“²². Er stellte die Frage: „Ist dem deutschen Hang zur Rückfälligkeit kein heilsames Kraut gewachsen? Ist uns die Wiederholungstat in Runenschrift vorgeschrieben?“²³

10 Günter Grass, Scham und Schande, in: NGA 22, S. 396.

11 Grass, Schreiben nach Auschwitz, in: NGA 22, S. 417.

12 Günter Grass, Über das Brückenschlagen, in: NGA 23, S. 331.

13 Grass, Schreiben nach Auschwitz, in: NGA 22, S. 441.

14 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 43.

15 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 43.

16 Grass, Kurze Rede eines vaterlandslosen Gesellen, in: NGA 22, S. 411.

17 Vgl. Grass, Schnäppchen namens DDR, in: NGA 23, S. 485.

18 Grass, Bitterfelder Rede, in: NGA 22, S. 521.

19 Grass, Kurze Rede eines vaterlandslosen Gesellen, in: NGA 23, S. 414.

20 Vgl. Rainer Burchardt, Ein glücklicher Sisypheos, in: Deutschlandfunk, 28.07.2011.

21 Grass, Chodowiecki zum Beispiel, in: NGA 22, S. 508.

22 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 43.

23 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 47.

Grass sah die Kriegsgeneration per se als *Problemverursacher* an, da sie unweigerlich eine Mitschuld „an dem übergroßen Verbrechen“²⁴ trage, sei es „als Täter, Mitläufer und schweigende Mehrheit“²⁵. Er nahm seine Generation daher besonders in die Pflicht. In der Berliner Republik stand das geschichtspolitische Agieren von Unionspolitikern, wie beispielweise Bundeskanzler Helmut Kohl, Theo Waigel oder Erika Steinbach, in seinem Fokus. Des Weiteren kritisierte er Edmund Stoiber oder Volker Rühe als „Skinhead[s] mit Schlips und Scheitel“²⁶, da sie „in telegenen Auftritten den demokratischen Konsens der Gesellschaft brechen“²⁷. Grass wies darauf hin, dass diese Politiker mit ihrer Sprache dem „Rechtsradikalismus regierungsamtlichen Zuspruch“²⁸ geben und „die sich sammelnden Rechtsradikalen zu Gewalttätigkeiten und Mordanschlägen“²⁹ stimulieren würden. Seine Hoffnung setzte er dagegen auf eine rot-grüne Regierung. Grass richtete sich mit seinem gesamten Schaffen, seiner Literatur und seinem gesellschaftlichen Engagement an alle Bürger und Politiker als *Problemadressaten*, um die Erinnerung wachzuhalten. Einen besonderen Fokus legte der Intellektuelle dabei auf die folgenden Generationen, also auf Jugendliche und Schüler.³⁰

Die *Problemfolgen* der Geschichtsvergessenheit mancher Politiker zeigten sich für Grass im Vereinigungsprozess. Der Intellektuelle kritisierte das bewusste Offenlassen des Themas Oder-Neiße-Grenze durch die Kohl-Regierung als „Mißachtung geschichtlicher Tatsachen“³¹. Er forderte lautstark eine „uneingeschränkte Anerkennung der polnischen Westgrenze“³². Nachdem der deutsch-polnische Vertrag 1991 zur Sicherung des Status quo beitrug, kritisierte er, dass Unionspolitiker die Entschädigungsforderungen der Vertriebenen gezielt aufrechterhalten würden.³³ Der Intellektuelle kam zu dem Fazit: „Wer [...] noch immer so redet, handelt schamlos und macht uns Schande“³⁴. Grass sah es als unverzeihlich an, dass die verschiedenen *Problemopfer* des Nationalsozialismus nicht hinreichend anerkannt und entschädigt wurden. Er erinnerte daran, dass auch Sinti und Roma im Dritten

24 Grass, Von der Überlebensfähigkeit der Ketzer, in: NGA 23, S. 140.

25 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 43; vgl. Grass, Mein Traum von Europa, in: NGA 23, S. 348.

26 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 46.

27 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 46.

28 Grass, Orientierungsmarken, in: NGA 23, S. 81.

29 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 46.

30 Grass, Der lernende Lehrer, in: NGA 23, S. 249; Grass, Mündig sein, in: NGA 23, S. 477.

31 Grass, Scham und Schande, in: NGA 22, S. 398.

32 Grass, Lastenausgleich, in: NGA 22, S. 405.

33 Grass, Scham und Schande, in: NGA 22, S. 397.

34 Grass, Scham und Schande, in: NGA 22, S. 399.

Reich ermordet wurden (vgl. IV. Kap. 4.2.4).³⁵ Der Intellektuelle forderte, dass man dieser Gruppe ebenso wie Homosexuellen und Opfern der Euthanasie in einem zentralen Holocaust-Mahnmal gedenken müsse.³⁶ In seinen Reden thematisierte Grass darüber hinaus die fehlende Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter. So kritisierte er, dass „sich in Deutschland [...] eine Vielzahl von Industriebetrieben [weigeren], Schadensersatz an die wenigen noch lebenden Zwangsarbeiter zu zahlen“³⁷. Schließlich widmete er sich den deutschen Opfern der Vertreibung. Für ihn erschien es „merkwürdig und beunruhigend [...], wie spät und immer noch zögerlich an die Leiden erinnert wird, die während des Krieges den Deutschen zugefügt wurden“³⁸. Er stellte dabei klar, dass die Deutschen Verursacher der Vertreibung waren, denn „das von uns Deutschen in die Welt gesetzte Verbrechen hatte weiteres Leid, abermaliges Unrecht und den Verlust von Heimat zur Folge“³⁹. Der Intellektuelle, der selbst seine Heimat Danzig verloren hatte, sah diesen Verlust, „so schmerzlich er blieb, als begründet“⁴⁰ ein. Es war ihm wichtig, die Erinnerung an die Vertreibung und die verlorenen Ostgebiete zu stärken (vgl. IV. Kap. 5.3.4), um Rechtsradikalen und Vertriebenenverbänden, die dieses Thema besetzten, zu begegnen. Sein Ziel war es, an alle Opfer der Zivilbevölkerung des Dritten Reiches auf beiden Seiten zu erinnern (vgl. IV. Kap. 7.1).

Grass sah verschiedene *Problemlösungen*, um zur Versöhnung beizutragen. Er legte als Zeitgenosse in seinen Werken über diese Zeit Zeugnis ab, „zumeist im Widerspruch zur offiziellen Geschichtsschreibung“⁴¹. Als Schriftsteller war er „diesen Blindstellen auf der Spur“⁴², denn das „leistet die Literatur: Sie schaut nicht weg, sie vergißt nicht, sie bricht das Schweigen“⁴³. Er hoffte, durch sein Werk, den Prozess der Erinnerung und ein Generationengespräch anzuregen.⁴⁴ Für ihn war Kultur ein Lehrmeister im Sinne Herders (vgl. IV. Kap. 5.1).⁴⁵ Der Intellektuelle hoffte, dass Literatur Grenzen überwinden und die Brücke zu den Nachbarstaaten bilden könne.⁴⁶ Für Grass stellte die Erinnerung in Form von Gedenkstätten dagegen nur

35 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 45.

36 dpa, Ein Denkmal für alle, in: SZ, 23.12.1998.

37 Grass, Ohne Stimme, in: NGA 23, S. 297.

38 Grass, Ich erinnere mich, in: NGA 23, S. 288.

39 Grass, Scham und Schande, in: NGA 22, S. 396.

40 Grass, Rede vom Verlust, in: NGA 23, S. 55.

41 Grass, Nie wieder Schweigen, in: NGA 23, S. 279.

42 Grass, Blindstellen auf der Spur, in: NGA 23, S. 82.

43 Vgl. Grass, Nie wieder Schweigen, in: NGA 23, S. 283; vgl. Grass, Literatur und Geschichte, in: NGA 23, S. 255–256.

44 Grass, Ich erinnere mich, in: NGA 23, S. 287.

45 Vgl. Grass, Schreiben nach Auschwitz, in: NGA 22, S. 418–419.

46 Vgl. Grass, Vom Überspringen von Grenzen, in: NGA 23, S. 73.

bedingt einen Lösungsweg dar, denn „hilflos muten Versuche an, mit Denkmälern der Erinnerung Gestalt zu geben“⁴⁷. Es war ihm klar, dass „kein Denkmal, es mag ästhetisch noch so gelingen, [...] uns Antwort geben“⁴⁸ kann. Er griff in das „Gezänk“⁴⁹ über das *Holocaust-Mahnmal* oder das *Zentrum gegen Vertreibung* ein und regte ein *Beutekunst-Museum* und die *Kulturstiftung* an. Das *Holocaust-Mahnmal* solle „ein Haus werden, das all jenen offensteht, die gegenwärtig und lange über die Jahrhundertwende hinweg wissen wollen, wie es einst zu dem immer noch unbegreiflichen Verbrechen, genannt Völkermord, gekommen ist“⁵⁰ und warum dennoch ein „wiederholte[r] Vollzug ‚ethnischer Säuberungen‘“⁵¹ möglich wurde. Das *Zentrum gegen Vertreibung* kritisierte er vor allem wegen des Standortes in Berlin, da er ein europäisches Projekt bevorzugte.⁵² Grass schlug in Frankfurt an der Oder in Grenznähe ein *Beutekunstmuseum* mit dem Ziel vor, dass beide Länder auf eine Entschädigung oder Rückgabe verzichteten.⁵³ Ebenso versuchte er durch die *Bundeskulturstiftung* die „kulturelle Substanz [der] Provinzen und Städte“⁵⁴ aus den Ostgebieten sowie ihre Dialekte vor der Vergessenheit zu bewahren.

Aus den Lehren der Vergangenheit leitete er für sich persönlich die *Problemlösung* ab, alles zu hinterfragen und „dem ideologischen Weiß oder Schwarz abzuschwören“⁵⁵. Er wandte sich der nächsten Generation zu und empfahl ihnen, „das ‚Prinzip Zweifel‘ als Grundwert“⁵⁶ gegen jegliche Dogmen und Ideologien anzuwenden. Er hoffte, mit seinem „Versuch jahrelanger öffentlicher Dreinrede, die nachwachsende Generation an[zustiften, Partei zu ergreifen. Nur so ließe sich Demokratie wiederbeleben und erneuern“⁵⁷. Hierauf begründet Grass seine Pflicht, sich politisch einzumischen und Dinge laut infrage zu stellen.⁵⁸ Trotz Verständnis für das Verlangen nach einem Schlusstrich oder der „Rückkehr zur

47 Grass, *Ich erinnere mich*, in: NGA 23, S. 287.

48 Grass, *Der lernende Lehrer*, in: NGA 23, S. 249.

49 Grass, *Der lernende Lehrer*, in: NGA 23, S. 248.

50 Grass, *Der lernende Lehrer*, in: NGA 23, S. 249.

51 Grass, *Der lernende Lehrer*, in: NGA 23, S. 249.

52 Hanna Leitgeb, *Vor falschem Beifall habe ich nie Angst gehabt*, in: NGA 24, S. 624.

53 Grass, *Über das Brückeschlagen*, in: NGA 23, S. 335.

54 Vgl. Grass, *Nach dreißig Jahren*, in: NGA 23, S. 353.

55 Grass, *Schreiben nach Auschwitz*, in: NGA 22, S. 424; vgl. Grass, *Lastenausgleich* in: NGA 22, S. 409.

56 Grass, *Der lernende Lehrer*, in: NGA 23, S. 235.

57 Grass, *Orientierungsmarken*, in: NGA 23, S. 81.

58 Grass, *Schreiben nach Auschwitz*, in: NGA 22, S. 424.

Normalität“⁵⁹, betrachtete er es als seine Aufgabe, die zu „schnell vernarbte Wunde“⁶⁰ immer wieder aufzureißen. Es gelte, die Erinnerung an die Vergangenheit auch in das vereinigte Deutschland zu überführen. In diesem Sinne ist sein im Zuge der Deutschen Einheit geäußelter Satz: „Wer gegenwärtig über Deutschland nachdenkt [...], muss Auschwitz mitdenken“⁶¹ zu verstehen. Grass prägte für diese Verschränkung von Vergangenheit und Zukunft den Begriff „Vergegenkunft“⁶², denn „wenn wir Zukunft planen, hat die Vergangenheit im angeblich jungfräulichen Gelände bereits ihre Duftmarken hinterlassen und Wegweiser gepflockt, die in abgelebte Zeiten zurückführen“⁶³. Er hatte von seinem *Problemziel* eine genaue Vorstellung: Sein „Vaterland müßte vielfältiger, bunter, nachbarlicher, durch Schaden klüger und europäisch verträglicher sein“⁶⁴. Mit seinem „Traum von Europa“⁶⁵ wollte Grass daher die Nationalstaatlichkeit überwinden und zur geschichtspolitischen Versöhnung beizutragen.⁶⁶ Benötigt würde für Europa ein übergreifender kultureller Begriff, der „weitläufig und weltoffen“⁶⁷ sein müsse und dem rein wirtschaftlichen Zusammenschluss eine politische und normative Dimension gäbe.⁶⁸

Die deutsche Geschichte prägte Grass' politisches Engagement so wie ihn selbst. Das *historische Deutungsmuster* war die Basis für all seine Aktivitäten und verband alle Politikfelder miteinander. Sein Engagement im Bereich der Geschichtspolitik ist einerseits dem Typ eines *allgemeinen Intellektuellen* zuzuordnen, der sich für die Lehren von Kriege und Versöhnung einsetzte. Andererseits verfügte er durch seine eigene Biografie und Erfahrung über das Wissen eines Zeitzeugen, das er der nachfolgenden Generation vermitteln wollte. Grass wurde aufgrund dessen als Experte gesehen und als *spezifischer Intellektueller* klassifiziert.

59 Grass, Fortsetzung folgt ..., in: NGA 23, S. 248.

60 Grass, Fortsetzung folgt ..., in: NGA 23, S. 268.

61 Grass, Kurze Rede eines vaterlandslosen Gesellen, in: NGA 22, S. 414.

62 Grass, Schreiben nach Auschwitz, in: NGA 22, S. 435.

63 Grass, Ich erinnere mich ..., in: NGA 23, S. 288.

64 Grass, Kurze Rede eines vaterlandslosen Gesellen, in: NGA 22, S. 412.

65 Grass, Mein Traum von Europa, in: NGA 23, S. 18.

66 Vgl. Grass, Über das Brückenschlagen, in: NGA 23, S. 335; Grass, Mein Traum von Europa, in: NGA 23, S. 348.

67 Grass, Mein Traum von Europa, in: NGA 23, S. 30.

68 Grass, Chodowiecki zum Beispiel, in: NGA 22, S. 505.

8.2 Öffentlicher Diskurs: Agendasetter und Impulsgeber in der Geschichtspolitik

8.2.1 Über das Brückenschlagen – Grass als Botschafter zwischen Deutschland und Polen

Der in Danzig geborene Günter Grass hatte, biografisch begründet, ein besonderes Verhältnis zum Nachbarland Polen und seiner Heimatstadt Danzig. In seiner „Biographie spiegelt sich ein wichtiges Stück der Geschichte Deutschlands und seines Nachbarn Polens“⁶⁹, wie Bundespräsident Roman Herzog einmal festhielt. Für die Aussöhnung beider Länder waren gerade „Literaten [...] geistige Wegbereiter“⁷⁰. Grass galt als prominentes Beispiel dafür, dass Kunst und Kultur stets ein „Medium der Verständigung zwischen Polen und Deutschen“⁷¹ darstellten. Er blieb „ständig mit Polen – und vor allem mit Danzig – in Kontakt [...], sei es auf einer literarischen, künstlerischen oder politischen Ebene“⁷². Als Intellektueller thematisierte er auch außerhalb der Literatur jene Themen, die „zwischen beiden Ländern mit dem geschichtlichen Ballast eine Rolle gespielt haben“⁷³. Grass nutzte in der Berliner Republik seine öffentliche Prominenz, um „die ungewöhnliche Rolle eines Botschafters von Polen und des Polentums in Deutschland, zu übernehmen“⁷⁴. Dabei blieb er ein unbequemer Mahner, der stets eine politische „Position jenseits nationaler Festlegungen“⁷⁵ vertrat. Grass' politisches Engagement für Polen lässt sich in drei Phasen unterteilen: Die erste betraf die Auswirkungen der *Deutschen Einheit* (1989–1999), die zweite die Erinnerung an die Vertreibung (2000–2007) während die dritte den Beitritt zur EU (ab 2002) thematisierte.

Der Intellektuelle nutzte seine Bekanntheit, um in seinen Reden immer wieder die Auswirkungen der Deutschen Einheit für Polen zu thematisieren. Er stellte damit eine politische Öffentlichkeit für das Nachbarland her. Grass hob dabei besonders die Bedeutung der *Solidarność* für die deutsche Bürgerbewegung und den deutschen Einheitsprozess hervor. Zudem wies er auf die Ängste des Nachbarlandes angesichts der staatlichen Vereinigung hin. Damit leistete er einen Beitrag zu

⁶⁹ Roman Herzog, Brief an Günter Grass, 15.10.1997, in: AdK, GGA, Signatur 14701.

⁷⁰ Lothar Schmidt-Mühlisch, Mut macht Freude, in: Die Welt, 28.03.1996.

⁷¹ Joschka Fischer, Rede zur Eröffnung der 52. Frankfurter Buchmesse, 17.10.2000.

⁷² Paweł Adamowicz, Grußwort, in: Jörg-Philipp Thomsa / Viktoria Krason (Hrsg.), Von Danzig nach Lübeck. Günter Grass und Polen, Lübeck 2010, S. 5.

⁷³ Uwe-Karsten Heye, 05.11.2020.

⁷⁴ Paweł Adamowicz, in: FES Polen (Hrsg.), Sozialdemokratischer Mittler zwischen Polen und Deutschland, Warsawa 2008, S. 14–15, hier S. 14.

⁷⁵ Gabriele Schopenhauer, Grußwort, in: Thomsa / Krason, Von Danzig nach Lübeck, S. 7.

deren Beschwichtigung (vgl. IV. Kap. 2.2.4). Vor allem kritisierte er den aufkommen- den „Polenhaß“⁷⁶ in Deutschland. Grass fürchtete, dass die entstandene Wohl- standsgrenze zwischen Ost und Westeuropa diese Entwicklung weiter steigern würde.⁷⁷ Der Intellektuelle nutzte daher Podiumsveranstaltungen, wie beispiels- weise anlässlich des deutsch-polnischen Nachbarvertrages 1991, um sich für den „verachtete[n] Nachbar[n]“⁷⁸ einzusetzen. Gleichzeitig warnte er Polen davor, sich „zum Büttel einer falschen Politik [zu] machen, die fordernd und zahlend von der Bundesrepublik Deutschland ausgeht“⁷⁹. Grass hatte Sorge, dass ihre „Schwäche und politische Instabilität“⁸⁰ ausgenutzt würde. Zu Beginn der Berliner Republik waren die Voraussetzungen für Polen und Deutschen, „ihre Fähigkeit zur Nachbar- schaft [...] unter Beweis zu stellen“⁸¹, denkbar schlecht.

Der Intellektuelle reiste nach der Wende 1989 / 1990 mehrfach nach Polen und nahm damit „die Verbindung zu Gdansk sehr schnell auf“⁸². Er trat nach einer Diskussionsveranstaltung mit Jan Józef Lipski im Auftrag der neu gegründe- ten Sozialistischen Partei in Polen als „freundschaftlicher“⁸³ Vermittler an Willy Brandt heran, um einen „direkten und hilfreichen Kontakt mit der SPD“⁸⁴ herzu- stellen. Grass schilderte dem Politiker die Schwierigkeiten der jungen Partei und hoffte, dass sein „kleiner Anstoß hilfreich“⁸⁵ sein würde. Im Mai 1991 wiederholte er sein Anliegen und zeigte sein Unverständnis über die „zögerliche Unterstüt- zung“⁸⁶ der deutschen SPD. Willy Brandt verwies in seinen Antworten auf ein be- reits vereinbartes Treffen mit den polnischen Vertretern.⁸⁷ Grass' Einmischung als „sozialdemokratischer Mittler zwischen Polen und Deutschland“⁸⁸ erzeugten

76 Grass, Ein Schnäppchen namens DDR, in: NGA 22, S. 480.

77 Grass, Ein Schnäppchen namens DDR, in: NGA 22, S. 481.

78 Günter Grass, Polen – der verachtete Nachbar? in: Carola Wolf (Hrsg.), *Grau ist die neue Hoff- nung. Auf dem Weg nach Europa*, München 1992, S. 81–88; abgedruckt unter dem Titel *Chodowi- ecki zum Beispiel*, in: *Die Zeit*, 14.06.1991 sowie in: NGA 22, S. 500–509.

79 Grass, Vom Überspringen der Grenzen, in: NGA 23, S. 72.

80 Grass, Schnäppchen namens DDR, in: NGA 22, S. 481.

81 Grass, *Chodowiecki zum Beispiel*, in: NGA 22, S. 502.

82 Adam Krzemiński, *Der Besuch der alten Dame*, in: *Die Zeit*, 31.01.1997; vgl. Grass, *Tagebuch 1990*, Göttingen 2009.

83 Günter Grass, Brief an Willy Brandt, 16.05.1991, in: Kölbel, Briefwechsel, S. 804.

84 Günter Grass, Brief an Willy Brandt, 20.11.1989, in: Kölbel, Briefwechsel, S. 794.

85 Günter Grass, Brief an Marek Garztecki, 16.05.1991, in: Kölbel, Briefwechsel, S. 805.

86 Günter Grass, Brief an Willy Brandt, 16.05.1991, in: Kölbel, Briefwechsel, S. 804.

87 Willy Brandt, Brief an Günter Grass, 30.11.1989, 22.05.1991 und 18.06.1991, in: Kölbel, Brief- wechsel, S. 797 und 805 f.

88 FES Polen, Sozialdemokratischer Mittler.

bei Brandt eine Resonanz, aber keine feststellbare Wirkung.⁸⁹ Rückblickend gewann der Intellektuelle den Eindruck, „als wollte sich die SPD mit der komplexen und, in der Tat, unübersichtlichen Situation in Polen nicht befassen; aus meiner Sicht ein Versäumnis mit Folgen.“⁹⁰

Auf Basis seiner Erfahrungen veröffentlichte der Schriftsteller 1992 die Erzählung *Unkenrufe*, mit der er auf literarische Weise die polnisch-deutsche Geschichte anhand einer Friedhofsgesellschaft thematisierte.⁹¹ Bereits 1990 hatte Adam Krzemiński deren Rolle bei der Vergangenheitsbewältigung wie folgt beschrieben: „Wir haben Friedhöfe eingeebnet, damit [sie] uns nicht daran erinnern, daß hier vor uns schon jemand war.“⁹² Grass wollte mit seiner Veröffentlichung „in Deutschland als auch in Polen eine Diskussion in Gang setzen“⁹³. Die Medienresonanz auf dieses Werk war in Deutschland verhältnismäßig gering (81 Presseartikel). Es wurde von der Literaturkritik, auch durch seinen Bezug zur Tagespolitik, kritisiert (33 Artikel).⁹⁴ Johannes Rau (SPD) konstatierte, das Buch habe „die professionelle Kritik gespalten. Ich höre aber immer wieder, daß und wie es den Nerv vieler Leser getroffen hat“⁹⁵, die Grass dafür loben, „wie hier einer auf ganz eigene Art das Thema Versöhnung anschlägt, und zwar Versöhnung durch umarmte Vergangenheit“⁹⁶. Einen Diskurs löste der Schriftsteller mit dem Roman nicht aus. Es gelang Grass aber, durch verschiedene Ereignisse in den 1990er-Jahren immer wieder, das deutsch-polnische Verhältnis in den Vordergrund zu stellen und damit in der Summe eine Medienresonanz hervorzurufen. Er gründete beispielsweise 1992 die *Daniel-Chodowiecki-Stiftung*, um die „deutsch-polnischen Kulturbeziehungen“⁹⁷ zu fördern. Freimut Duve (SPD) würdigte anlässlich der ersten Preisverleihung 1993 Grass’ „Engagement für das historische und künf-

89 Vgl. Günter Grass, Brief an Willy Brandt, 20.11.1989, in: Kölbel, Briefwechsel, S. 794; Günter Grass, Brief an Willy Brandt, 16.05.1991, in: Kölbel, Briefwechsel, S. 805.

90 Günter Grass, Brief an Rudolf Scharping, 08.03.1994, in: AdK, GGA, Signatur 14306; Willy Brandt bekundete „nicht daran ändern zu können“, vgl. Willy Brandt, Brief an Günter Grass, 18.06.1991, in: Kölbel, Briefwechsel, S. 806.

91 Grass, *Unkenrufe*, in: NGA 13.

92 Dpa, Polnischer Publizist für Bekenntnis zur Vertreibung, in: FAZ, 09.08.1990.

93 Dpa, Grass hat Zweifel an deutscher Versöhnung, in: SZ, 06.03.1992.

94 Vgl. Frank Schirrmacher, Das Danziger Versöhnungswerk, in: FAZ, 6.05.1992; Willi Winkler, Frau gefunden, Friedhof geleast, in: TAZ, 07.05.1992; Iris Radisch, Der Tod und ein Meister aus Danzig, in: Die Zeit, 08.05.1992; Marcel Reich-Ranicki, Wie konnte das passieren?, in: Der Spiegel, 03.05.1992.

95 Johannes Rau, Ein Gegenredner im besten Sinn, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 13.10.1992.

96 Johannes Rau, Ein Gegenredner im besten Sinn, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 13.10.1992.

97 Dpa, Chodowiecki-Kunstpreis erstmals in Berlin vergeben, in: SZ, 01.09.1993.

tige deutschpolnische Verhältnis“⁹⁸. Für seine Verdienste für eine „polnisch-deutsche Versöhnung“⁹⁹ bekam er im gleichen Jahr die Ehrendoktorwürde der Universität Danzig und die Ehrenbürgerschaft der Stadt Danzig verliehen. Er war bis dato der „einzige Deutsche, dem diese Auszeichnung nach dem Kriege zugesprochen wurde“¹⁰⁰, sodass der Entscheidung heftige politische Diskussionen im Stadtrat vorausgingen.¹⁰¹ Als der Schriftsteller 1999 den Literaturnobelpreis bekam, nahmen die Danziger den Preis auch als „Ehre für unsere Stadt“¹⁰² wahr, denn er habe seine „Sympathie für unser Land nie verborgen. Aber er hat auch eindringlich das zweite Gesicht Polens beschrieben – den Hurrapatriotismus, das Hinterwäldlertum, die billige Gerissenheit“¹⁰³.

2000 begann eine zweite Phase, in der Grass an die Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg erinnerte. Im Juni des Jahres forderte er gemeinsam mit dem polnischen Publizisten Adam Michnik bei einer Konferenz die Polen zu einer Auseinandersetzung mit der Vertreibung der Deutschen und der Pflege ihres Kulturerbes auf.¹⁰⁴ In der Presse wurde damals festgestellt, dass

[...] sich zwei prominente europäische Linksintellektuelle in einer Weise zu Wort gemeldet [haben], die in Deutschland politisch nicht korrekt ist. Im innerdeutschen Diskurs ist seit langem das Thema Vertreibung auf die gern in die Nähe von Nazis gerückten ‚Vertriebenen-funktionäre‘ [...] sowie deren Durchdringung und Unterstützung durch konservative Christdemokraten reduziert.¹⁰⁵

Im Oktober 2000 äußerte sich der Intellektuelle erneut zu der Thematik. In seiner Rede *Ich erinnere mich ...* anlässlich der litauisch-deutsch-polnischen Gespräche über *Die Zukunft der Erinnerung* sprach er ausführlich über die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges.¹⁰⁶ Er setzte sich für eine „Erinnerung an die vielen Toten der Bombennächte und Massenflucht“¹⁰⁷ ein. Grass bekundete, dass diese Rede und „die Arbeit an diesem Komplex zum Anlaß [wurde], mich endlich einer ungestalteten Stoffmasse zuzuwenden, die mir seit Jahren querlag. [...] Eine verschleppte, verdrängte, auch von mir lang ausgesparte Thematik – die Deutschen als Opfer des

98 Freimut Duve, Der Dichter als Stifter, in: SZ, 14.01.2000.

99 Dpa, Dr. h.c. Günter Grass, in: FAZ, 30.03.1993.

100 O. V., Unterm Strich, in: TAZ, 27.07.1993; J.B., Ehrungen mit ganz kleinen Hindernissen, in: SZ, 27.07.1993.

101 Dpa, Ehrenbürger von Danzig, in: SZ, 27.07.1993.

102 Stefan Chwin, Die Zwiebel von Danzig, in: FAZ, 04.10.1999.

103 Stefan Chwin, Die Zwiebel von Danzig, in: FAZ, 04.10.1999.

104 Vgl. Thomas Urban, Versöhnung mit den Sündenböcken, in: SZ, 29.06.2000.

105 Thomas Urban, Versöhnung mit den Sündenböcken, in: SZ, 29.06.2000.

106 Vgl. Martin Wälde, Brief an Günter Grass, 22.12.1999, in: GUGS.

107 Grass, Ich erinnere mich ..., in: NGA 23, S. 288.

selbstverschuldeten Krieges – begann von mir Besitz zu ergreifen¹⁰⁸. Die politische Auseinandersetzung gab den Anstoß zur literarischen Verarbeitung in der Novelle *Im Krebsgang* (vgl. IV. Kap. 8.2.3). Die Rollen des Intellektuellen und des Schriftstellers im Verständigungsprozess waren folglich auch in diesem Politikfeld eng miteinander verzahnt. 2001 erhielt er für sein Engagement den Viadrina-Preis in Frankfurt/Oder¹⁰⁹ und nutzte seine Rede mit dem Titel *Über das Brückenschlagen* für den Impuls, an der deutsch-polnischen Grenze ein Beutekunstmuseum zu erbauen. Er erreichte mit diesem Vorschlag eine Resonanz in der politischen Öffentlichkeit.¹¹⁰ Waldemar Ritter, Koordinator der internationalen Rückführungsverhandlungen des Bundes, hielt dies für ein „falsches Signal“¹¹¹. Dagegen begrüßte Kulturstaatsminister Julian Nida Rümelin den intellektuellen Vorschlag, wies aber gleichzeitig auf die rechtlichen Schwierigkeiten hin.¹¹² Die Idee wurde nicht umgesetzt, da es Bedenken im Justiz- und Außenministerium sowie beim Kulturstaatsminister gab.¹¹³ Grass fungierte durch sein literarisches Werk und durch seine politischen Aktivitäten „als Brückenbauer“¹¹⁴ und setzte Impulse zur Versöhnung.

Die geschichtspolitischen Diskurse in der Berliner Republik führten aber auch zu einer Belastung der nachbarschaftlichen Beziehungen.¹¹⁵ Dies lässt sich anhand der politischen Resonanz auf Grass' literarische Werke *Im Krebsgang* oder *Beim Häuten der Zwiebel* feststellen. Der Schriftsteller nahm seismografisch eine gewisse „Versöhnungsbereitschaft vieler Polen“¹¹⁶ wahr, sodass er mit *Im Krebsgang* den Diskurs über das Thema Vertreibung anregen wollte. Seine Hoffnung, dass diese selbstkritischen Stimmen Gehör fänden und eine Deutungshegemonie erreichen würden, wurde durch die umstrittenen Aussagen des *Bundes der Vertriebenen* unter Erika Steinbach unterminiert.¹¹⁷ Die Buchveröffentlichung wurde in Polen „als politisches Ereignis gewertet“¹¹⁸ und der anschließende Dis-

108 Günter Grass, Sechs Jahrzehnte. Ein Werkstattbericht, Göttingen 2014, S. 425.

109 FAZ, Kleine Meldungen, FAZ, 03.03.2001.

110 DW., „Grass schlägt Beutekunst-Museum an deutsch-polnischer Grenze vor, in: Die Welt, 14.07.2001.

111 Dpa, „Beutekunst“-Experte Ritter gegen Grass-Vorschlag eines Grenzmuseums, in: Die Welt, 16.07.2001.

112 Dpa, Meldungen, in: Die Welt, 05.11.2001.

113 Vgl. Knut Nevermann, 02.09.2020.

114 Eva-Elisabeth Fischer, Literaten als Brückenbauer, in: SZ, 01.04.1996.

115 Vgl. Basil Kerski, Polen, in: Schmidt / Hellmann / Wolf, Handbuch zur deutschen Außenpolitik, S. 405–421, hier S. 405.

116 Kerski, Polen, S. 409.

117 Hans-Jörg Schmidt, Ich will das alles nicht so ernst sehen, in: Die Welt, 15.03.2002.

118 Stefanie Peter, Im Krebsgang von Günter Grass erscheint in Polen, in: FAZ, 03.12.2002.

kurs in Deutschland misstrauisch verfolgt (vgl. IV. Kap. 8.2.3).¹¹⁹ Grass' Werk wurde daraufhin in dem Kontext einer „groß angelegten Geschichtsrevision“¹²⁰ eingeordnet und die „Transformation der Täter- in eine Opfergesellschaft“¹²¹ diagnostiziert.¹²² Die erhoffte polnisch-deutsche Auseinandersetzung blieb allerdings aus.¹²³ Bundespräsidenten Johannes Rau setzte sich 2004 in Warschau für einen offenen Diskurs ein:

In Deutschland und in Polen gibt es viele Geschichten von Leid und Trauer, von Nachbarschaft und von Freundschaft, die erzählt werden müssen. Es ist gut, dass sie erzählt werden können und erzählt werden, denn sonst wirken sie unter der Oberfläche, wie ein schleichendes Gift. [...] Und wir sind dankbar dafür, wie Günter Grass oder Andrzej Szczypiorski uns diese Geschichten erzählen.¹²⁴

Im Krebsgang führte zu einer politischen Resonanz in Polen. Sein Impuls erzeugte kurzfristig keine Wirkung, förderte langfristig aber die Vergangenheitsbewältigung, zu der man damals im Nachbarland noch nicht bereit war.

2006 wurde das Bekanntwerden von Grass' Waffen-SS-Mitgliedschaft (vgl. IV. Kap. 8.2.4) durch die national-konservative Partei für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert, um „antideutsche Töne“¹²⁵ zu wecken.¹²⁶ Auch bei europafreundlichen Politikern führte das „unerklärlich[e]“¹²⁷ Bekenntnis, so der frühere Außenminister Wladyslaw Bartoszewski, zu einer „unangenehmen Situation“¹²⁸, wie es der ehemalige Präsident Lech Wałęsa ausdrückte. Der spätere Ministerpräsident Donald Tusk sagte rückblickend: „Wir hatten aber das ungute Gefühl, dass

119 Vgl. Stefanie Peter, Ein Denkmal für Oskarchen, in: FAZ, 14.02.2002; Stefan Chwin, Ich habe die Vertriebenen mit eigenen Augen gesehen, in: Die Welt, 21.02.2002; Karol Sauerland, Nach Osten, in: SZ, 26.03.2002; Karol Sauerland, Krebsgang im Labyrinth, in: SZ, 17.05.2002; Thomas Urban, Kein Mitleid für die Ostlandritter, in: SZ, 15.05.2002.

120 Thomas Urban, „Wir treiben sie in Haufen hinter Oder und Neiße“, in: SZ, 19.04.2005.

121 *Neue Züricher Zeitung* zitiert nach Volker Hage, Autoren: Unter Generalverdacht, in: Der Spiegel, 08.04.2002.

122 Stephan Burgdorff / Rainer Traub, Brennpunkt Polen, in: Der Spiegel Spezial, 01.06.2002.

123 Vgl. Ulrike Ackermann zitiert nach: Stefanie Peter, Im Krebsgang von Günter Grass erscheint in Polen, in: FAZ, 03.12.2002; Silvia Meixner, Krieg, Flucht und Vertreibung – Erinnern in Europa, in: Die Welt, 17.05.2003.

124 Johannes Rau, Rede „Deutschland und Polen – unsere Zukunft in Europa“, 30.04.2004.

125 Oliver Hinz, Antideutsche Töne in Warschau, in: Die Welt, 19.08.2006.

126 Helga Hirsch, Als wäre noch Krieg, in: Die Welt, 22.08.2006.

127 Hans-Jörg Vehlewald, Empörung über das lange Schweigen des Günter Grass, in: Bild, 14.08.2006; o. V., Debatte über Grass wird hitziger, in: FAZ.net, 14.08.2006; Oliver Hinz, Antideutsche Töne in Warschau, in: Die Welt, 19.08.2006; ul., Unterstützung für Grass aus Polen, in: FAZ, 16.08.2006.

128 Hans-Jörg Vehlewald, Empörung über das lange Schweigen des Günter Grass, in: Bild, 14.08.2006; eps, Walesa will mit Grass in Danzig sprechen, in: FAZ, 18.08.2006.

wir [...] in gewissem Sinn Opfer seines Schweigens waren.“¹²⁹ Der Danziger Bürgermeister Paweł Adamowicz forderte daher öffentlich eine Erklärung von Grass, denn „mit Bedauern stellen wir fest, dass Ihr ehrliches Eingeständnis viele Kontroversen, sogar politische Spekulationen und Spiele, auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze hervorgerufen hat.“¹³⁰ Der Schriftsteller begründete sein Schweigen in einem offenen Brief mit folgenden Worten:

In den Jahren und Jahrzehnten nach dem Krieg habe ich, als mir die Kriegsverbrechen in ihrem schrecklichen Ausmaß bekannt wurden, aus Scham diese kurze, aber lastende Episode meiner jungen Jahre für mich behalten, doch nicht verdrängt. [...] Dieses Schweigen kann als Fehler gewertet und – wie es gegenwärtig geschieht – verurteilt werden.¹³¹

Seine Erklärung überzeugte nicht nur Adamowicz und Wałęsa, sondern laut Meinungsumfragen auch 72 Prozent der Danziger.¹³² „Danzig versteht seinen Sohn“¹³³, titelte die Presseberichterstattung daraufhin.¹³⁴ Die Stadt richtete ein Jahr später öffentlichkeitswirksam Grass' 80. Geburtstagsfest aus, was ihm „Mut gemacht und Stärke vermittelt“¹³⁵ habe.¹³⁶ In Deutschland dagegen führte der Medienskandal dazu, dass er auf Drängen der CDU auf den *Brückepreis* freiwillig verzichtete, mit dem die Jury ihn für seine deutsch-polnischen Verdienste 2006 auszeichnen wollte.¹³⁷

Die deutsch-polnischen Beziehungen waren hinsichtlich der EU-Beitrittsverhandlungen mit Polen von Bedeutung, die die dritte Phase dominierten. Bundeskanzler Schröder versuchte daher, zu einer guten Zusammenarbeit beizutragen (vgl. IV. Kap. 8.3). „Als kritischer Kommentator begleitet Grass wichtige Entwicklun-

¹²⁹ Konrad Schuller, *Die Geschichte ist wieder Ballast*, in: FAZ, 10.12.2007.

¹³⁰ Paweł Adamowicz, Brief an Günter Grass, 08.09.2006, in: GUGS; vgl. o. V., *Unterm Strich*, in: TAZ, 14.08.2006.

¹³¹ Günter Grass, Brief an Paweł Adamowicz, 20.08.2006, in: GUGS, Teilabdruck in: FR / *Die Welt*, 23.08.2006.

¹³² Vgl. Berthold Seewald, *Gemischtes Echo auf Grass-Brief*, in: *Die Welt*, 24.08.2006; DW., *Nobelpreisträger bleibt Ehrenbürger Danzigs und lehnt Görlitzer Brückepreis ab*, in: *Die Welt*, 01.09.2006; Konrad Schuller, *Kaczynskis Bullterrier hat sich verrannt*, in: FAZ, 01.09.2006.

¹³³ Paweł Adamowicz, *Danzig versteht seinen Sohn*, in: SZ, 25.08.2006.

¹³⁴ Paweł Adamowicz, *Danzig versteht seinen Sohn*, in: SZ, 25.08.2006.

¹³⁵ Günter Grass, Brief an Paweł Adamowicz, 09.10.2007, in: GUGS.

¹³⁶ Vgl. Thomas Urban, *Krebsgang und Wahlkampf*, in: SZ, 16.10.2007; Gabriele Lesser, *Schalom, Günter Grass!*, in: TAZ 08.10.2007; Paul Flückinger, *Günter Grass lässt sich in Danzig feiern*, in: *Die Welt*, 08.10.2007; Marta Kijowska, *Kaschubische Geburtstagsgrüße*, in: FAZ, 08.10.2007; Christof Siemes, *Als Denkmal am liebsten ein richtiges Klo*, in: *Die Zeit*, 11.10.2007.

¹³⁷ Vgl. rtr./apf./dpa, *„Brückepreis“ für Grass fraglich*, in: TAZ, 18.08.2006; dpa, *Grass lehnt Görlitzer Brückepreis ab*, in: *Die Welt*, 31.08.2006; mm., *Grass: Görlitzer CDU bedauert*, in: TAZ, 02.09.2006.

gen in der deutsch-polnischen Geschichte nach 1945¹³⁸ bis hin zur Berliner Republik. Polens Beteiligung am Irakkrieg 2003 belastete die deutsch-polnischen Beziehungen (vgl. IV. Kap. 7.3.3). Grass kritisierte diese Entscheidung massiv: „Ich denke, dass ein Volk, das die deutsche und russische Besatzung überlebt hat, besonderen Unwillen zur Teilnahme an einem Krieg haben sollte“¹³⁹. Er stieß dabei auf Unverständnis, wie die Wortmeldung von Bartoszewski belegt: „Der Autor der unvergessenen Blechtrommel sollte für die Grausamkeiten des Krieges ein tieferes Verständnis zeigen.“¹⁴⁰ Die außenpolitische Debatte um den Irak-Krieg verzahnte sich mit einem geschichtspolitischen Diskurs.¹⁴¹ 2004 trat Polen der EU bei, aber die Spannungen blieben bestehen, bestärkt durch den Wahlsieg der deutschlandkritischen Kaczynski-Zwillinge im Jahr 2005. Grass nutzte sein medienwirksames Geburtstagsfest 2007, um die Blockadepolitik der polnischen Regierung hinsichtlich der EU-Verfassung zu kritisieren und zur Wahl aufzurufen.¹⁴² Derartige Äußerungen wurden lobend von Politikern wie Gesine Schwan oder auch Egon Bahr wahrgenommen.¹⁴³ Letzterer bekundete: „Es tut gut, dass Du [...] einen erstaunlichen Kontrapunkt im polnischen Wahlkampf gesetzt hast. Noch etwas, wofür der Bundesbürger Grass Dank verdient.“¹⁴⁴ Bogdan Borusewicz, Marschall des Senats der Republik Polen, fasste zusammen: „Ihre Stimme, Herr Grass, zu politischen Fragen, in letzter Zeit oft kritisch, ist für mich ein Ausdruck der Besorgnis eines Menschen, dem Polen und Europa sehr nahe waren und sind.“¹⁴⁵

Grass war ein „Freund Polens“¹⁴⁶ (Adam Michnik), der aber mit Kritik nicht sparte. Trotz der heftigen Diskurse um *Im Krebsgang* und sein *Waffen-SS-Bekenntnis* blieb er als Kulturbotschafter in Polen anerkannt. „In Polen wird er in kulturellen wie gesellschaftspolitischen Fragen als kritischer Beobachter und Vermittler geschätzt, in Deutschland hat seine Meinung zum deutsch-polnischen Verhältnis besonderes Gewicht.“¹⁴⁷ Einflussreich war sein Einsatz für die geschichtspolitische Versöhnung, denn „das offizielle Verhältnis zwischen Polen und der Bundesrepublik war über lange Jahre von weitgehender, teils auch feindseliger

138 Schopenhauer, Grußwort, S. 7.

139 Dpa, Grass kritisiert Polen wegen Irak-Kriegs, in: Die Welt, 03.06.2003; vgl. Stefanie Peter, Winkewinke, in: FAZ, 02.06.2003.

140 Gerhard Gnauck, Schurken müssen bestraft werden, in: Die Welt, 06.05.2003.

141 Kerski, Polen, S. 412.

142 Rtr./dpa, EU vor Machtkampf, in: TAZ, 19.06.2007; dpa, Günter Grass attackiert polnische „Blockadepolitik“ im EU-Streit, in: Die Welt, 19.06.2007.

143 Vgl. Gesine Schwan, Brief an Günter Grass, 25.10.2007, in: GUGS.

144 Egon Bahr, Brief an Günter Grass, 16.10.2007, in: GUGS.

145 Bogdan Borusewicz, in: FES Polen, Sozialdemokratischer Mittler, S. 16–17 hier S. 16.

146 Marta Kijowska, Gelebte Grassomania, in: FAZ, 14.04.2015.

147 Schopenhauer, Grußwort, S. 7.

Sprachlosigkeit bestimmt. Es waren wenige Männer und Frauen, die sich auch in schwierigen Zeiten, unter widrigen Umständen für den Dialog zwischen unseren Völkern eingesetzt haben¹⁴⁸, einer von ihnen war Grass. Seine Verdienste wurden von Politikern beider Länder lobend hervorgehoben und im Zuge der Kritik an seinem Verschweigen der Waffen-SS-Mitgliedschaft als Beispiel genannt, dass sein politisches Engagement Bestand habe.¹⁴⁹ Außenminister Frank-Walter Steinmeier bekundete gegenüber Grass, dass „die begonnene und in den aktuellen Zeiten so schwierige Aussöhnung mit Polen ganz entscheidend mit Ihrem Namen verbunden“¹⁵⁰ sei. Es war die „Vielseitigkeit dieses Verhältnisses“¹⁵¹ zu Polen, die Einfluss erzeugte. Die Summe an Aktivitäten führte dazu, dass Grass eng mit dem Nachbarland in Verbindung gebracht wurde und die Aussöhnung mit seiner Deutungsmacht prägte. Grass überschritt nicht nur durch seine literarischen Werke die Grenzen zum Nachbarland, sondern engagierte sich auch als politischer Brückenbauer.

8.2.2 Appell für Entschädigungen von NS-Opfern und Zwangsarbeitern (2000 / 2001)

Die rot-grüne Regierung packte 1998 das „heikle Thema“¹⁵² der Entschädigung von NS-Opfern an, „vor dem sich Helmut Kohl wie alle Kanzler vor ihm immer gedrückt hatte“¹⁵³. Bereits im Koalitionsvertrag hieß es: „Die neue Bundesregierung wird [...] unter Beteiligung der deutschen Industrie eine Bundesstiftung Entschädigung für NS-Zwangsarbeit auf den Weg bringen.“¹⁵⁴ Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärte „diese Angelegenheit [...] zur Chefsache“¹⁵⁵ und betraute seinen Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier, „die äußerst sensiblen Gespräche über die Entschädigung

148 Johannes Rau, Rede „Polen und Deutsche – gemeinsam in Europa“, 05.05.2002; vgl. Frank-Walter Steinmeier, Rede beim Antrittsbesuch in der Republik Polen während des Besuches der Warschauer Buchmesse, 19.05.2017.

149 Vgl. Roman Herzog, Brief an Günter Grass, 15.10.1997, in: AdK, GGA, Signatur 14701; Aleksander Kwasniewski, Rede beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit, 03.10.2001; AP., Günter Grass. Weizsäcker würdigt die Rolle des Literaten im deutsch-polnischen Dialog, in: *Die Welt*, 21.08.2006.

150 Frank-Walter Steinmeier, Brief an Günter Grass, 16.10.2006, in: GUGS.

151 Schopenhauer, Grußwort, S. 7.

152 Wolfrum, Rot-Grün, S. 584.

153 Wolfrum, Rot-Grün, S. 584.

154 SPD / Bündnis 90 und Die Grünen, Koalitionsvereinbarung „Aufbruch und Erneuerung. Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“, 20.10.1998, S. 35.

155 Rezzo Schlauch zitiert nach: Wolfrum, Rot-Grün, S. 603.

der NS-Zwangsarbeiter¹⁵⁶ zu führen. In seinen Erinnerungen erklärte Schröder, er wollte „dieses unwürdige Gezerre auf dem Rücken der Opfer aus prinzipiellen Gründen beenden“¹⁵⁷. Die politische Debatte fand zwischen 1998 und 2000 statt.¹⁵⁸ Grass mischte sich in den Diskurs um die Entschädigungen ein, in dem er für die Hinterbliebenen der *Danziger Post* Partei ergriff. Auf diese Weise wollte er eine schnelle Auszahlung nach dem am 6. Juli 2000 verabschiedeten *Gesetz zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter im Dritten Reich* erreichen.

Grass beschäftigte sich aus persönlichen Gründen mit der Entschädigung der Mitglieder der Polnischen Post. Der Cousin seiner Mutter, Franz Krause, wurde standrechtlich dabei erschossen. Ein Thema, das seine Kindheit beeinflusste und in *Die Blechtrommel* verewigt wurde.¹⁵⁹ Der Intellektuelle setzte sich daher dafür ein, dass die Fehlurteile der Nachkriegszeit zurückgenommen wurden und die Opfer einen Entschädigungsanspruch erhielten, der ihnen laut einem Gerichtsurteil aus dem Jahr 1998 zustand.¹⁶⁰ Bundeskanzler Schröder bekundete in Warschau, dass die Bundesrepublik zwar eine moralische Verpflichtung einer Entschädigung hätte, wies jedoch auf die fehlende Rechtsgrundlage dafür hin.¹⁶¹ Grass wandte sich daraufhin direkt an den Bundeskanzler und an Bundesfinanzminister Eichel, um eine Auszahlung zu erwirken.¹⁶² Da es sich um einen „Präzedenzfall sondergleichen“¹⁶³ handelte, war auch Justizministerin Herta Däubler-Gmelin involviert. Eichel sicherte „brieflich und telefonisch“¹⁶⁴ zu, in dieser Angelegenheit tätig zu werden. Der damalige Kulturstaaatsminister Michael Naumann weist dem Intellektuellen in diesem Anliegen einen unmittelbaren Einfluss zu: „Günter Grass [...] hatte bei seinem Bewunderer und Freund Schröder interveniert, also wurde die klägliche Summe den Hinterbliebenen ausgezahlt.“¹⁶⁵ Der maßgeblich an der Initiative beteiligte Dieter Schenk bestätigte: „Durch die Initiative von Günter Grass – gemeinsam mit den Rechtsanwälten der Kläger – und durch die Einflussnahme einzelner Bür-

156 Gerhard Schröder, „Steinmeier hat das Zeug zum Kanzler“, in: Vorwärts, 11.08.2008.

157 Schröder, Entscheidungen, S. 74.

158 Vgl. Torben Fischer / Matthias N. Lorenz, Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, 2. unver. Aufl., Bielefeld 2009, S. 323–325.

159 Dieter Schenk, Die Post von Danzig: Geschichte eines deutschen Justizmordes Juristische Aspekte. Vortrag im Schwurgerichtssaal des Landgerichts Bremen, 17.6.2009, S. 1.

160 Dieter Schenk, Schändliche Entschädigung. Wie die Bundesrepublik den Mord an 38 Danziger Postbeamten mit 275 000 DM „entschädigt“, in: Ossietzky Nr. 25, 16.12.2000.

161 Vgl. Schenk, Schändliche Entschädigung, S. 3.

162 Vgl. Günter Grass, Brief an Dieter Schenk, 08.06.2000, in: GUGS.

163 Naumann, Glück gehabt, S. 140.

164 Vgl. Günter Grass, Brief an Dieter Schenk, 08.06.2000, in: GUGS.

165 Naumann, Glück gehabt, S. 140.

ger und Politiker war schließlich die Bundesregierung bereit, den Fall durch einen Vergleich zu erledigen.¹⁶⁶ Schröder schrieb am 13. November 2000 an Grass: „Ich freue mich, Dir mitteilen zu können, dass in der Zwischenzeit mit den Hinterbliebenen der Danziger Postverteidiger eine Einigung erzielt werden konnte. Die Vergleichslösung sieht Entschädigungszahlungen in einer Höhe vor, die sich an den Leistungen für Zwangsarbeiter orientiert. Ich denke, damit ist eine insgesamt gute Lösung gefunden worden, die auch Deinen Zuspruch finden kann.“¹⁶⁷ Michael Naumann macht deutlich, dass „Günter Grass Blechtrommel [...] an dieser allzu verspäteten Wiederherstellung von Gerechtigkeit einen größeren Anteil [hat] als man gemeinhin literarischen Werken zuzustehen geneigt ist.“¹⁶⁸ Er trug nicht nur durch sein Buch zur öffentlichen Aufmerksamkeit und der rechtlichen Aufarbeitung bei. Er nahm auch direkt auf Bundeskanzler Schröder und die zuständigen Minister Einfluss, um eine Entschädigungszahlung zu erreichen. Grass forderte von der Regierung, dass sie „die Opferseite, deren Zahl immer kleiner wird, in erster Linie vertreten [...]. Das sind alte Menschen, die man jahrzehntelang um das betrogen hat, was ihnen schon längst zugestanden hätte.“¹⁶⁹ Der Intellektuelle generierte somit wirkungsvoll Öffentlichkeit für die Opfer der polnischen Post und deren Belange.

Genau diesem Aspekt widmete sich auch ein gemeinsamer Aufruf von Grass, Hartmut von Hentig und Carola Stern zugunsten der NS-Zwangsarbeiter unter dem Titel *Die Zeit für die Betroffenen läuft ab* vom 12. Juli 2000. Von Hentig hatte die Idee für diesen Aufruf, für den er die beiden anderen Intellektuellen als Mitstreiter gewann.¹⁷⁰ Motiviert war die Initiative durch die Scham darüber, „dass die Wirtschaft nur einen winzigen Bruchteil des den ehemaligen Zwangsarbeitern Geschuldeten [...] zahlt und dass sich bisher (Ende Mai 2000) nur 2215 von 220 000 angeschriebenen Firmen daran beteiligen“¹⁷¹. Die Industrie war damit der Hauptadressat des Appells. Derweil drückten die Initiatoren ihren Respekt für die „Schrittmacherfunktion ebenso wie [die] Beharrlichkeit“¹⁷² der rot-grünen Regierung und des Bundespräsidenten Johannes Rau aus. Den Intellektuellen war klar, dass der politische Prozess

166 Schenk, *Schändliche Entschädigung*, S. 3; vgl. Dieter Schenk, *Die Post von Danzig. Geschichte eines deutschen Justizmords*, Reinbek 1995.

167 Gerhard Schröder, Brief an Günter Grass, 13.11.2000, in: GUGS.

168 Michael Naumann, *Gratulation*, in: *Der Spiegel*, 02.10.2002.

169 Jörg-Dieter Kogel / Harro Zimmermann, „Die Zeit der Sprechblasen ist vorbei“, in: *FR*, 03.02.1999.

170 Hartmut von Hentig, Brief an Günter Grass, 01.06.2000, in: GUGS; vgl. Hartmut von Hentig, *Mein Leben – bedacht und bejaht*. Schule, Polis, Gartenhaus, München 2007, S. 620.

171 Günter Grass / Carola Stern / Hartmut von Hentig, „Die Zeit für die Betroffenen läuft ab“, in: *FR*, 12.07.2000.

172 Grass / Stern / von Hentig, „Die Zeit für die Betroffenen läuft ab“, in: *FR*, 12.07.2000.

von Kompromissen geprägt sei. Angesichts des Alters der Betroffenen zeigten sie sich jedoch unzufrieden über weitere Verzögerungen bei der Auszahlung.¹⁷³ Im Appell drückten Grass, von Hentig und Stern ihre Verwunderung darüber aus, dass „man 55 Jahre nach dem Ende der Hitlerherrschaft über elementare Sachfragen noch im Unklaren und uneins“¹⁷⁴ sei, beispielsweise über die Zahl der Zwangsarbeiter und deren Einsatzort. Sie fordern daher, dass sich damit „die Öffentlichkeit beschäftigen“¹⁷⁵ müsse. Die Initiatoren „aus der alten Generation“¹⁷⁶ riefen jeden erwachsenen Deutschen auf, „20 Mark für ehemalige Zwangsarbeiter zu spenden“¹⁷⁷, damit die *Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft* innerhalb der nächsten sechs Monate mit Entschädigungszahlungen beginnen könne. Sie hofften, dass „viele einzelne deutsche Menschen [...] durch eine Geste zu verstehen geben, dass ihnen dieses Unrecht bewusst ist, dass sie Kummer und Scham empfinden, dass sie etwas gut machen wollen“¹⁷⁸. Gemeinsam erregten sie durch ihre Stellungnahmen und eine „Benefiz-Veranstaltung“¹⁷⁹ Aufmerksamkeit, beispielsweise „in den Tageszeitungen und auch im Heute Journal“¹⁸⁰ (33 Presseartikel).¹⁸¹ Grass hoffte mit diesem Engagement „dazu beitragen [zu] können, daß mit der Auszahlung der Entschädigungen umstandslos begonnen werden kann“¹⁸². Journalisten und Leser bewerteten die Initiative sehr kontrovers. Während die einen es ablehnten, für die Wirtschaft Geld zu spenden, da sie bereits über Steuern beteiligt seien, waren andere froh, Eigeninitiative zeigen zu können und ergriffen diese Chance für eine symbolische Geste.¹⁸³

Den Intellektuellen gelang es, den Diskurs um eine neue Perspektive zu erweitern: „Bis gestern war es verhältnismäßig einfach, die Frage der Entschädigung der Zwangsarbeiter als ein Problem zu betrachten, das vorrangig die deutsche Wirtschaft und allenfalls noch die deutsche Politik etwas anging.“¹⁸⁴ Nun war eine Reaktion der Bürger gefragt, die damit ein Zeichen setzten und der Wirtschaft einen

173 Grass / Stern / von Hentig, „Die Zeit für die Betroffenen läuft ab“, in: FR, 12.07.2000.

174 Grass / Stern / von Hentig, „Die Zeit für die Betroffenen läuft ab“, in: FR, 12.07.2000.

175 Grass / Stern / von Hentig, „Die Zeit für die Betroffenen läuft ab“, in: FR, 12.07.2000.

176 Dpa, Günter Grass ruft zu Spenden auf, in: FAZ, 13.07.2000.

177 Grass / Stern / von Hentig, „Die Zeit für die Betroffenen läuft ab“, in: FR, 12.07.2000.

178 Grass / Stern / von Hentig, „Die Zeit für die Betroffenen läuft ab“, in: FR, 12.07.2000.

179 Günter Grass, Brief an Fritz Pleitgen, 27.07.2000, in: GUGS; Günter Grass, Arbeitskalender 2000, in: GUGS.

180 Günter Grass, Brief an Fritz Pleitgen, 27.07.2000, in: GUGS.

181 Vgl. Sebastian Domsch, Eine Tombola für Schuld und Sühne, in: FAZ, 23.10.2000.

182 Günter Grass, Brief an Fritz Pleitgen, 27.07.2000, in: GUGS.

183 Vgl. Philipp Gessler, Trotz allem ein Zeichen, in: TAZ, 14.07.2000; mh., Mit gutem Beispiel voran, in: SZ, 17.07.2000.

184 Igl., Zwanzig Mark, in: FAZ, 13.07.2000, S. 49; vgl. mad., Mit 20 Mark dabei, in: SZ, 13.07.2000.

Spiegel vorhalten konnte.¹⁸⁵ Die öffentliche Aufmerksamkeit führte dazu, dass die Stiftung von Bürgern rund 3,5 Millionen Mark erhielt.¹⁸⁶ Von Hentig beurteilte die Spendenbereitschaft als erfreulich, denn entscheidend sei nicht die Summe, sondern die Zahl der Spender. Für ihn war „der Aufruf [...] ein symbolischer Akt. Er soll die Wirtschaft beschämen“¹⁸⁷, die Anfang März 2001 noch nicht den vereinbarten Betrag eingesammelt hatte. Otto Graf Lambsdorff, Leiter der deutschen Delegation bei den Entschädigungsverhandlungen, benannte die Initiative nüchtern als „brauchbar“¹⁸⁸, um die Gesamtverantwortung der Deutschen deutlich zu machen. Lothar Evers, Geschäftsführer des *Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte* bezeichnete den Aufruf dagegen als „wirklich hervorragend“¹⁸⁹. Begrüßt wurde der Aufruf von Politikern unterschiedlicher Parteien, wie Rezzo Schlauch (Die Grünen), Michel Friedman (CDU) und Guido Westerwelle (FDP).¹⁹⁰

In der Praxis gab es bei der Auszahlung der somit eingesammelten Spendengelder erhebliche Schwierigkeiten. Die *Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft* hatte keine eigene Banknummer, sodass für die von den Intellektuellen angeregte Zustiftung ein „eigens vom Bundesfinanzminister angelegtes Konto“¹⁹¹ nötig wurde.¹⁹² Zudem konnten die Beträge nicht direkt an die Antragsteller ausgezahlt werden.¹⁹³ Die Initiatoren waren verärgert und fürchteten, dass die Gelder für andere Zwecke vereinnahmt würden. Daraufhin verfasste Grass Briefe an Eichel sowie den Vorstand der *Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft*, in denen es hieß: „Diese Entwicklung macht uns und unsere Initiative unglaublich. Wir sehen uns gezwungen, über Konsequenzen – wie die Abziehung der Beträge [...] nachzudenken.“¹⁹⁴ Es fand daraufhin am 7. Dezember 2000 ein Krisentreffen in Berlin mit einem Stiftungsvertreter statt.¹⁹⁵ Dass Grass' Wort Gewicht hatte, zeigte sich darin, dass er aus dem Kanzleramt und vom Finanzminister Antwort erhielt. Sein Brief wurde von Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes, „ausführ-

185 Philipp Gessler, Trotz allem ein Zeichen, in: TAZ, 14.07.2000.

186 O. V., Private Zustiftungen, in: TAZ, 10.04.2001.

187 Ddp, Viele Privatspenden für Zwangsarbeiter-Fonds, in: SZ, 27.07.2000.

188 Philipp Gessler, Der eigene Beitrag, in: TAZ, 14.07.2000.

189 Jr., Zur Sache: Missverständnis“ über Konto für Zwangsarbeiter, in: FR, 17.07.2000.

190 Vgl. CHB / ALE., Armutszeugnis für die deutsche Industrie, in: Der Tagesspiegel, 12.07.2000.

191 Jr., Zur Sache: „Missverständnis“ über Konto für Zwangsarbeiter, in: FR, 17.07.2000; vgl. Bundesministerium der Finanzen, Fax an Brandl, WDR, 11.10.2000, in: GUGS.

192 Jr., Zur Sache: „Missverständnis“ über Konto für Zwangsarbeiter, in: FR, 17.07.2000.

193 Vgl. Hilke Ohsoling, Notiz „Telefonat mit Carola Stern, 27.11. 10 Uhr“, in: GUGS.

194 Günter Grass, Brief an Hans Eichel, 01.12.2000, in: GUGS; Günter Grass, Brief an den Vorstand der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, 01.12.2000, in: GUGS.

195 Günter Grass, Arbeitskalender 2000, in: GUGS.

lich beantwortet¹⁹⁶ und Eichel fügte „ergänzende Aspekte“¹⁹⁷ hinzu. Letzterer wies darauf hin, dass „alle an den nationalen und internationalen Gesprächen und dem Stiftungsgesetz Beteiligten [...] der Reihenfolge ‚erst Rücknahme der Sammelklage, dann Beginn der Auszahlungen‘ zugestimmt“¹⁹⁸ hätten. Der Politiker kündigte an, dass „eine befriedigende Lösung [...] greifbar“¹⁹⁹ sei, da „die Vorkehrungen für die Auszahlungen mit Hochdruck getroffen“²⁰⁰ seien. Eine „Rückzahlung oder Neubestimmung der Spenden“²⁰¹ sei nicht im Interesse der ehemaligen Zwangsarbeiter, sodass er eindringlich für eine „unveränderte gesetzmäßige Fortführung der Maßnahme“²⁰² plädierte. Eichel bestätigte auf Nachfrage, dass Grass „großen Einfluß“²⁰³ auf die SPD hatte und Briefe von ihm Gewicht besaßen, sodass man sich mit dem Sachverhalt persönlich beschäftigte. Er ließ ihn auch im Folgenden über den Stand der Zuwendungen informieren.²⁰⁴ Stern, Grass und von Hentig wandten sich zudem an Wolfgang Thierse, damals Präsident des Deutschen Bundestages, mit der Bitte um Unterstützung. Seine Rückantwort machte deutlich, dass der intellektuelle Impuls dazu führte, dass Politiker sich bei Fachleuten ihrer Fraktion erkundigten, „was in Richtung auf eine beschleunigte Auszahlung praktisch getan werden kann“²⁰⁵. Er vertröstete die Initiatoren auf die Entschließung des Deutschen Bundestages in zwei Monaten. Grund sei die noch abzuwartende Gerichtsentscheidung in den USA zur Abweisung der Sammelklage. Er versicherte, dass bereits die „erforderlichen Vorkehrungen“²⁰⁶ getroffen würden, sodass „danach zügig ausgezahlt werden kann.“²⁰⁷ Stern und von Hentig²⁰⁸ knüpften im März 2001 an den Briefwechsel an, weil die Entscheidung der US-Richterin „uns in der Entschädigungsfrage weit zurückgeworfen“²⁰⁹ habe, da somit die gewünschte Rechtssicherheit auf unbestimmte Zeit nicht

196 Hans Eichel, Brief an Günter Grass, 17.01.2001, in: GUGS; vgl. Karl Diller, Brief an Günter Grass, 13.02.2001, in: GUGS.

197 Hans Eichel, Brief an Günter Grass, 17.01.2001, in: GUGS.

198 Hans Eichel, Brief an Günter Grass, 17.01.2001, in: GUGS.

199 Hans Eichel, Brief an Günter Grass, 17.01.2001, in: GUGS.

200 Hans Eichel, Brief an Günter Grass, 17.01.2001, in: GUGS.

201 Hans Eichel, Brief an Günter Grass, 17.01.2001, in: GUGS.

202 Hans Eichel, Brief an Günter Grass, 17.01.2001, in: GUGS.

203 Hans Eichel, 23.01.2001.

204 Vgl. Karl Diller, Brief an Günter Grass, 13.02.2001, in: GUGS.

205 Wolfgang Thierse, Brief an Hartmut von Hentig, 21.12.2000, in: GUGS.

206 Wolfgang Thierse, Brief an Hartmut von Hentig, 21.12.2000, in: GUGS.

207 Wolfgang Thierse, Brief an Hartmut von Hentig, 21.12.2000, in: GUGS.

208 Grass verweilte in dieser Zeit im Ausland. Vgl. Günter Grass, Arbeitskalender 2000, in: GUGS.

209 Carola Stern / Hartmut von Hentig, Brief an Wolfgang Thierse, 09.03.2001, in: GUGS.

erreichbar sei. Eine Auszahlung an besonders bedürftige Entschädigungsberechtigte war aufgrund des Errichtungsgesetzes der Stiftung nicht möglich. „Wir glauben das nicht“²¹⁰, bekundeten die Initiatoren, sondern forderten eine entsprechende Gesetzesänderung, um die Auszahlung zu ermöglichen. Sie kündigten eine Pressekonferenz an, um die Öffentlichkeit darüber zu informieren und den Druck zu erhöhen.

In einem offenen Protestbrief pochten die Initiatoren im Februar auf eine „sofortige Auszahlung“²¹¹ der 3,25 Millionen Mark Spendengelder. Evers vom Bundesverband *Information und Beratung für NS-Verfolgte* zeigte sich „verstört“²¹² über ein Gespräch zwischen Schröder und der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft. Er vermutete, diese hätten den Bundeskanzler auf ihre Seite gezogen und äußerte große Sorgen, dass das Thema lediglich exklusiv in politischen Arbeitsgruppen behandelt würde.²¹³ Er plante daher eine öffentliche Aktion und bat um prominente Unterstützung.²¹⁴ Diese Kritik spiegelte sich im Diskurs wider. NS-Opfer demonstrierten vor dem Kanzleramt. Zeitgleich publizierten Grass, Stern und der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel einen Aufruf *Gerechtigkeit für die Überlebenden der NS-Zwangsarbeiter – Jetzt* an den Bundestag und die Wirtschaft. Die Überlebenden hätten keine Zeit mehr zu verlieren, „täglich sterben mehr als 200“²¹⁵ durch diese Hinhaltetaktik. Die Intellektuellen erhielten für ihr politisches Anliegen eine breite Unterstützung aus der Bevölkerung.²¹⁶

Nach dieser Öffentlichkeitsoffensive schrieb Bundeskanzler Schröder Anfang April an Grass, dass er sein Anliegen „persönlich angesichts des komplizierten und langwierigen Verfahrens zur Rechtssicherheit sehr gut nachvollziehen“²¹⁷ könne. Er versicherte, „dass ich – wie auch alle anderen an den internationalen Verhandlungen Beteiligten – von einem sehr viel rascheren Verfahren ausgegangen bin“²¹⁸. Der Bundeskanzler machte deutlich, dass eine entsprechende Gesetzesänderung „angesichts der absehbaren parlamentarischen und öffentlichen Diskussion voraussichtlich zumindest bis zur Sommerpause dauern“²¹⁹ würde. Er versprach eine beschleunigte Umsetzung nach der getroffenen „Vereinbarung“²²⁰. Man würde sich anschließend „nochmals kurzfristig mit den Unternehmen zu-

210 Carola Stern / Hartmut von Hentig. Brief an Wolfgang Thierse, 09.03.2001, in: GUGS.

211 Dpa, Friedman findet Wirtschaft taktiert, in: TAZ, 15.02.2000.

212 Lothar Evers, Telefax, 20.03.2001, in: GUGS.

213 Vgl. Helmut Uwer, Zwangsarbeiter, in: FAZ.net, 28.03.2001.

214 Lothar Evers, Telefax, 20.03.2001, in: GUGS.

215 Dpa, Grass und Zwickel treten für schnelle Entschädigungen ein, in: Die Welt, 28.03.2001.

216 Vgl. Marianne Heuwagen, NS-Opfer demonstrieren vor dem Kanzleramt, in: SZ, 29.03.2001.

217 Gerhard Schröder, Brief an Günter Grass, 06.04.2001, in: AdK, Signatur 10426.

218 Gerhard Schröder, Brief an Günter Grass, 06.04.2001, in: AdK, Signatur 10426.

219 Gerhard Schröder, Brief an Günter Grass, 06.04.2001, in: AdK, Signatur 10426.

220 Gerhard Schröder, Brief an Günter Grass, 06.04.2001, in: AdK, Signatur 10426.

sammensetzen und über den erreichten Stand der Rechtssicherheit beraten“²²¹. Er mahnte den Intellektuellen, den politischen Prozess abzuwarten:

So sehr ich Deine Motivation, die Mittel möglichst sofort an die ehemaligen NS-Zwangsarbeiter auszuzahlen, verstehe und teile, bitte ich Dich doch, darauf zu vertrauen, dass wir mit dem skizzierten Verfahren am schnellsten zum Ziel gelangen. Ich hoffe auf Deine Unterstützung.²²²

Grass äußerte sich nicht mehr öffentlich zu dem Thema NS-Zwangsarbeiter. Im Bundestag wurde am 30. Mai 2001 die „ausreichende Rechtssicherheit“²²³ festgestellt, so dass am 15. Juni 2001 die Stiftung die erste Auszahlung überweisen konnte. Die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter war allerdings erst 2007 abgeschlossen.²²⁴

Der Intellektuelle hatte, gemeinsam mit anderen, den Diskurs auch dahin gehend initiiert, indem sie darauf hinwiesen, dass nicht nur die Unternehmen, sondern auch Kirchen, Landwirtschaft, Kommunen und Handwerksbetriebe NS-Zwangsarbeiter eingesetzt hatten. „Als die Auszahlungen begannen, sprach man hinsichtlich des Umgangs mit dem Erbe der NS-Zwangsarbeit kaum noch von konkreter unternehmerischer, sondern meist von einer übergreifenden Verantwortung.“²²⁵ Welchen Einfluss die Interventionen auf die zuständigen Politiker hatten, kann nicht ermessen werden. Fest steht, dass Spitzenpolitiker wie Thierse, Eichel oder Schröder sich mit dem Anliegen von Grass und seinen Mitstreitern beschäftigten. Eine schnelle Umsetzung wurde von allen Seiten versprochen, dennoch zog sich das Verfahren aufgrund offener, juristischer Fragen hin. Dies konnten die Intellektuellen weder durch öffentlichen Druck noch durch direkte Gespräche beschleunigen. Die politischen, häufig bürokratischen Prozesse waren deutlich langwieriger, als es sich die Intellektuellen vorstellen wollten.

²²¹ Gerhard Schröder, Brief an Günter Grass, 06.04.2001, in: AdK, Signatur 10426.

²²² Gerhard Schröder, Brief an Günter Grass, 06.04.2001, in: AdK, Signatur 10426.

²²³ Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 30.05.2001; vgl. Schröder, Entscheidungen, S. 76.

²²⁴ Vgl. Deutscher Bundestag, Sechster und abschließender Bericht der Bundesregierung über den Abschluss der Auszahlung und die Zusammenarbeit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ mit den Partnerorganisationen, 09.07.2008.

²²⁵ Jörg Osterloh / Harald Wixforth (Hrsg.), Unternehmen und NS-Verbrechen. Wirtschaftsleten im „Dritten Reich“ und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 2014, S. 387.

8.2.3 *Im Krebsgang* als literarischer Diskursanstoß über das Thema Vertreibung (2002)

8.2.3.1 Diskursanstoß über Vertreibung

Günter Grass galt aufgrund seiner Biografie als prominentes Beispiel eines Vertriebenen.²²⁶ Mit seiner 2002 veröffentlichten Novelle *Im Krebsgang* verarbeitete der Schriftsteller das Sujet und leistete damit einen Beitrag zum geschichtspolitischen Diskurs.²²⁷ Das Buch war ein „Überraschungscoup“²²⁸, denn der Bestseller erzielte eine hohe Medienpräsenz (478 Presseartikel).²²⁹ Die Presse diskutierte, inwieweit Grass ein „Tabubrecher“²³⁰ sei, da er es gewagt hatte, die deutschen Vertriebenen in seinem Werk als Opfer darzustellen. Darüber hinaus rückte er das Verschweigen ihrer Schicksale in den Fokus. Dabei wurden primär zwei Zitate des Erzählers der Novelle zitiert: „Niemals [...] hätte man über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig gewesen sei, schweigen, das gemiedene Thema den Rechtsgestricken überlassen dürfen. Dieses Versäumnis sei bodenlos [...]“²³¹. Selbstkritisch wurde vom Erzähler eingeräumt: „Eigentlich [...] wäre es Aufgabe seiner Generation gewesen, dem Elend der ostpreußischen Flüchtlinge Ausdruck zu geben [...]“.²³² Grass war kein Vorreiter bei der Thematisierung der Vertreibung, sondern spiegelte die Stimmung in der Gesellschaft wider. Das Buch entsprach diesem gewandelten Zeitgeist, der sich durch verschiedene Initiativen, Bücher und Filme zeigte.²³³ Volker Neuhaus konstatierte, dass die Novelle „der generellen Welle der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung“²³⁴ entsprach. Er wurde zu einem „wichtigen Träger[...] des neuen deutschen Opferdiskurses“²³⁵, da er als Altlinker und Angehöriger der 68er-Generation durch seinen langjährigen Einsatz gegen Rechtsextremismus sowie für die Versöhnung mit Polen nicht in Verruf des Revanchismus kam. Grass' literarischer, geschichtspolitischer Vorstoß traf im In- und Ausland auf Resonanz. Spitzenpolitiker wie Bundeskanzler Gerhard Schröder oder der ehemalige Außenminister

226 Vgl. dpa, Polnischer Publizist für Bekenntnis zur Vertreibung, in: FAZ, 09.08.1990.

227 Vgl. Becker, Geschichtspolitik in der Berliner Republik, S. 409.

228 Rudolf Augstein, Untergang der „Gustloff“, in: Der Spiegel Spezial, 01.06.2002.

229 Vgl. Titelgeschichte: o. V., Die Deutsche Titanic: Die verdrängte Tragödie des Flüchtlingsschiffes „Wilhelm Gustloff“, in: Der Spiegel, 04.02.2002; Peter Sandmayer / Gerda-Marie Schönfeld, Eine Katastrophe, aber kein Verbrechen, in: Stern, 14.02.2002.

230 Ulrich Raulff, Untergang mit Maus und Muse, in: SZ, 05.02.2002; vgl. Wolfgang Büschner, Vertrieben. Verdrängt. Vergessen?, in: Die Welt, 05.02.2002.

231 Günter Grass, *Im Krebsgang*, in: NGA 16, S. 93.

232 Grass, *Im Krebsgang*, in: NGA 16, S. 93.

233 Vgl. dpa, Polnischer Publizist für Bekenntnis zur Vertreibung, in: FAZ, 09.08.1990.

234 Neuhaus, Günter Grass, S. 402.

235 Becker, Geschichtspolitik in der Berliner Republik, S. 412.

Hans-Dietrich Genscher lobten das Buch.²³⁶ Bundespräsident Johannes Rau wies in einem persönlichen Brief darauf hin, dass es „an manchem Tisch und in vielen Runden diskutiert, weitergereicht, zitiert und kommentiert wird“²³⁷. Er betonte in seiner Rede zu Grass’ 75. Geburtstag, dass Literatur ein „verbindliches Engagement [darstellt], das sich verantwortlich fühlt vor der Geschichte und vor der Gegenwart“²³⁸. Ministerpräsidentin Heide Simonis gratulierte „zur fulminanten Resonanz“²³⁹, denn „selbst Deine ärgsten Kritiker kommen nicht umhin, Dir Tribut zu zollen. Endlich!“²⁴⁰ Der Roman wurde von Politikern im Inland rezipiert und vielfach gelobt.

Grass sah es als einen günstigen Zeitpunkt an, sich mit der Vertreibung der Deutschen auseinanderzusetzen, da in Polen und auch in Russland die Diskussion darüber begann.²⁴¹ Seine Novelle und seine Stellungnahmen bei Lesereisen führten tatsächlich zu „einige[m] Wirbel“²⁴² im Ausland, beispielsweise in Polen (vgl. IV. Kap. 8.2.1), Tschechien und Russland. Auch in den USA und in Israel wurde das Buch kontrovers diskutiert. Der israelische Botschafter Stein befürchtete, dass nun alle „psychohistorische[n]“²⁴³ Hemmungen fallen. Es zeigte sich an den politischen Reaktionen im Ausland, dass das Thema Vertreibung dort weiterhin sehr umstritten war. In einem Interview sagte Grass: „Es mag sein, dass meine Meinung Empfindsamkeiten weckt. Ich glaube aber, dass viele Menschen hier für meine Sicht Verständnis haben.“²⁴⁴ Er hoffte, durch seine guten Kontakte mit den Nachbarländern zu vermitteln, musste aber selbst erstaunt feststellen, welche negativen Reaktionen sein Buch hervorrief.²⁴⁵ Es gab „ein sensibles Verhältnis der Wechselwirkung“²⁴⁶ zwischen der Öffentlichkeit in Deutschland und den Nachbarländern. Der tschechische Politiker Pavel Kohout und Schriftstellerkollege hob dennoch hervor, dass Grass genau „der Richtige [sei], [um] von den Leiden der Deutschen während des Krieges zu erzählen“²⁴⁷, da er „mit seinen

236 Vgl. Jörg Magenau, Der Kanzler als fröhlicher Wasserglasträger, in: FAZ, 01.03.2002; Helmut Brühl, Bemühungen um Verständigung finden kaum Beachtung, in: SZ, 09.04.2002.

237 Johannes Rau, Brief an Günter Grass, 03.04.2002, in: AdsD, Bestand Johannes Rau, 1/JRAC000939.

238 Johannes Rau, Rede anlässlich des 75. Geburtstages von Günter Grass, Göttingen im Oktober 2002, in: AdsD, Bestand Johannes Rau, 1/JRAC000939.

239 Heide Simonis, Brief an Günter Grass, 11.03.2002, in: GUGS.

240 Heide Simonis, Brief an Günter Grass, 11.03.2002, in: GUGS.

241 Vgl. Holger Kankel, „Jede Vertreibung ist Unrecht“, in: Schweriner Volkszeitung, 25.03.2002.

242 SZ, Bestenfalls ein Fehler, in: SZ, 11.06.2003.

243 Konrad Schuller, Der Glacéhandschuh ist abgestreift, in: FAZ, 07.04.2002.

244 O. V., Günter Grass. Kein Anlass für irgendwelche Denkmäler, in: Die Welt, 12.06.2003.

245 Wulf Segebrecht, Wir waren kein Hellseher, in: FAZ, 22.12.2003.

246 Peter Becher, Der deutsch-tschechische Diwan, in: Die Welt, 26.02.2002.

247 O. V., Autoren: Gegen-Denkmal, in: Der Spiegel, 16.06.2003.

Romanen für die Verständigung der Völker hundertmal mehr gemacht [habe], als er mit politischen Auftritten machen kann“²⁴⁸. Dem Schriftsteller gelang es, mit *Im Krebsgang* eine Auseinandersetzung zu befördern. Der Einschätzung, wonach die Novelle „kein Echo in der Politik“²⁴⁹ gefunden habe, ist somit zu widersprechen.

Grass' Deutungsangebot wirkte nachhaltig, wie sich anhand der Medienberichterstattung und der wiederholten Verwendung von Zitaten durch Politiker nachweisen lässt.²⁵⁰ Maren Röger sprach von einem entstehenden „kollektiven Mediensprechakt“²⁵¹. Der Schriftsteller strukturierte durch *Im Krebsgang* und seine begleitenden Stellungnahmen den Diskurs. Da seine Darstellung von vielen Diskursteilnehmern in der Öffentlichkeit aufgegriffen wurde, verfügte er über eine gewisse Deutungsmacht.²⁵² „Das Erstaunliche dabei ist: Nicht Politiker oder Diplomaten bringen Bewegung in eine vorherrschende Auffassung, der Impuls geht vielmehr erneut von einem künstlerischen Werk aus.“²⁵³ Ulrich Raulff bezeichnete *Im Krebsgang* daher als Beispiel einer „in Novellenform gekleideten Vergangenheitspolitik“²⁵⁴. Peter Steinbach lobte, dass Grass damit einen „multiperspektivischen Zugang zur Geschichte“²⁵⁵ aufzeigte und damit Einfluss auf die Geschichtspolitik nahm. Grass wurde zum Sprecher der Vertriebenen, da er „den Opfern, die kein Gehör finden, eine Stimme“²⁵⁶ gab. Ihm ging es darum, den „Generationsdiskurs“²⁵⁷ anzuregen, was tatsächlich im Zuge seiner Lesungen feststellbar war. Dass sich das Deutungsangebot durchsetzte, lag in der Zustimmung der deutschen Bevölkerung und dem Wandel der Öffentlichkeit begründet. Grass

248 Hans-Jörg Schmidt, Ich will das alles nicht so ernst sehen, in: Die Welt, 15.03.2002.

249 Rainer Stephan, Blinde Eulen, in: SZ, 15.02.2002; vgl. Volker Corsten, Grass-Debatte, in: Die Welt am Sonntag, 17.02.2002; Peter Becher, Der deutsch-tschechische Diwan, in: Die Welt, 26.02.2002.

250 Vgl. Martin Hohmann (CDU/CSU), Peter Gauweiler (CDU/CSU) und Angelika Krüger-Leißner (SPD), in: Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 05.06.2003; Erwin Marschweski (CDU/CSU), in: Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 21.10.2004; Matthias Sehling (CDU/CSU), in: Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 17.12.2004.

251 Maren Röger, Flucht, Vertreibung und Umsiedlung. Mediale Erinnerungen und Debatten in Deutschland und Polen seit 1989, Marburg 2011, S. 93.

252 Simon Lange, Der Erinnerungsdiskurs um Flucht und Vertreibung in Deutschland seit 1989 / 90. Vertriebenenverbände, Öffentlichkeit und die Suche nach einer ‚normalen‘ Identität für die ‚Berliner Republik‘, Köln 2014, S. 199.

253 Peter Becher, Der deutsch-tschechische Diwan, in: Die Welt, 26.02.2002.

254 Ulrich Raulff, Untergang mit Maus und Muse, in: SZ, 05.02.2002.

255 Christian Semler, Erinnerung statt Politik, in: TAZ, 22.02.2002; vgl. K. Erik Franzen, Geschichte einer Idee, in: SZ, 17.12.2003.

256 O. V., Günter Grass. Kein Anlass für irgendwelche Denkmäler, in: Die Welt, 12.06.2003.

257 Hans-Joachim Noach, Die Deutschen als Opfer, in: Der Spiegel, 25.03.2002.

erkannte den Zeitgeist und konnte damit den Tabubruch begehen. Gerhard Schröder bestätigte, dass der Schriftsteller mit der Novelle

[...] einen dringend notwendigen Diskurs über das Thema Schuld und Verantwortung aus [löste]. Dabei zeigte sich, dass sich zwischen der Einteilung in Täter und Opfer eine große Grauzone mit vielen Schattierungen befindet. Sie genauer zu betrachten, war auch Teil unserer historischen Verantwortung.²⁵⁸

Der Bundeskanzler dankte ihm für seinen „wichtigen gesellschaftspolitischen Beitrag zur Selbstvergewisserung einer Nation und zum Umgang mit der historischen Vergangenheit“²⁵⁹.

8.2.3.2 Diskurs über ein Zentrum gegen Vertreibung

Grass' Novelle wurde darüber hinaus Bestandteil des Diskurses über ein *Zentrum gegen Vertreibung*. Erika Steinbach (seinerzeit CDU), Präsidentin des *Bundes der Vertriebenen*, instrumentalisierte die durch den Schriftsteller erzeugte Aufmerksamkeit, um ihrer bereits 1999 gemeinsam mit Peter Glotz (SPD) vorgestellten Initiative neuen Schwung zu geben.²⁶⁰ Sie hatte bereits 2000 versucht, Grass als Unterstützer zu werben, aber dieser empfand „die kausalen Zusammenhänge“²⁶¹ in dem Konzept „nur unzureichend“²⁶² dargestellt und damit „noch unausgereift“²⁶³. Der Politikerin wurde eine enge Verbindung zu Landsmannschaften nachgesagt, die zum Teil Entschädigungsansprüche stellten und hier eine Chance für ein „letzte[s] Gefecht[...] um die alten Besitztümer“²⁶⁴ sahen. In dieser Frage bildete sie eine konservative Diskurskoalition allen voran mit der CSU unter Edmund Stoiber. Diese Partei hatte „den Part der Vertriebenenlobby über Jahrzehnte [...] monopolisiert“²⁶⁵. Grass' Buch wurde wiederholt von dieser Diskurskoalition zur Stärkung der eigenen Argumentation im Bundestag aufgegriffen.²⁶⁶ In zeitlicher Nähe zum Erscheinen von *Im Krebsgang* brachte die CDU/CSU-Fraktion im Bundes-

258 Schröder, Dankbar für manchen klugen Rat, S. 143.

259 Schröder, Dankbar für manchen klugen Rat, S. 143.

260 Vgl. Erika Steinbach, Scharfe Töne aus Prag gegen die Vertriebenen machen hellhörig, in: Die Welt am Sonntag, 03.03.2002; Ulrike Ackermann, Die gesplante Erinnerung, in: Die Welt, 08.11.2002; Franziska Augstein, Heimat erben, SZ, 21.03.2002; Jens Krüger, Vertreibung ist ein Verbrechen, in: Die Welt am Sonntag, 31.03.2002.

261 Günter Grass, Brief an Erika Steinbach, 13.10.2000, in: GUGS.

262 Günter Grass, Brief an Erika Steinbach, 13.10.2000, in: GUGS.

263 Günter Grass, Brief an Erika Steinbach, 13.10.2000, in: GUGS.

264 Roland Kirbach, „Da müssen sie mit dem Panzer kommen“, in: Die Zeit, 03.06.2004.

265 Rainer Stephan, Blinde Eulen, in: SZ, 15.02.2002.

266 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 13.06.2013, 10.02.2011, 05.06.2003, 21.10.2004 und 01.07.2003.

tag einen Antrag zugunsten des *Zentrums gegen Vertreibung* in Berlin ein.²⁶⁷ Ralph Giordano urteilte daraufhin: „Kein Autor ist dagegen gefeit, dass ihm die falschen Bundesgenossen auf die Schulter klopfen“²⁶⁸.

Grass grenzte sich vehement von der Idee eines *Zentrums gegen Vertreibung* in Berlin ab: „Ich kenne die Initiative von Frau Steinbach, und Frau Steinbach ist nach wie vor, auch in ihren Äußerungen, von Ressentiments gezeichnet.“²⁶⁹ Er lehnte die geforderten Wiedergutmachungsleistungen als „unangemessen“²⁷⁰ ab, denn „wir sollten hier nicht aufrechnen“²⁷¹. Der Intellektuelle unterstützte stattdessen die Forderungen der polnischen Publizisten Adam Krzemiński und Adam Michnik, die in einem offenen Brief an Gerhard Schröder ein „europäisches Museum der Vertriebenen in Breslau“²⁷² vorschlugen. Grass wandte sich einen Tag vor der Bundestagsdebatte an den Bundeskanzler, um diese Initiative als „kühn und großherzig zugleich“²⁷³ zu bewerben. Er lobte, dass der „polnische Vorschlag [...] die Geschichte der europäischen Vertreibung insgesamt wahr[nahm]“²⁷⁴ und forderte ein europäisch besetztes Kuratorium.²⁷⁵ Grass war „strikt dagegen, daß der Versuch der CDU-Abgeordneten Steinbach (ganz aus dem Interesse der Vertriebenenverbände und Landsmannschaften), ein solches Zentrum in Berlin zu errichten, im Bundestag eine Mehrheit bekommt“²⁷⁶. Öffentlich erwähnte er diesen direkten Beratungsversuch des Bundeskanzlers: „Er kennt meine Meinung. Er sucht das Gespräch, eine andere Sichtweise. Und meine Beobachtung ist: Er kann zuhören.“²⁷⁷ Knut Nevermann, Ministerialdirektor beim Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, antwortete im Auftrag von Gerhard Schröder und verwies auf die Pläne der rot-grünen Regierung und die

267 Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 16.05.2002; Deutscher Bundestag, Antrag „Zentrum gegen Vertreibung“, 19.03.2002.

268 Ralph Giordano, *Der böse Geist der Charta*, in: *Die Welt*, 09.02.2002.

269 Doris Schäfer-Noske, *Günter Grass gegen Berlin als Standort für Zentrum gegen Vertreibungen*, in: *Deutschlandfunk*, 16.05.2002; vgl. Wulf Segebrecht, „Wir waren keine Hellscher“, in: *FAZ*, 22.12.2003.

270 Holger Kankel, „Jede Vertreibung ist Unrecht“, in: *Schweriner Volkszeitung*, 25.04.2002.

271 Holger Kankel, „Jede Vertreibung ist Unrecht“, in: *Schweriner Volkszeitung*, 25.04.2002.

272 Adam Michnik / Adam Krzemiński, *Breslau, und nicht Berlin*, in: *Gazeta Wyborcza*, 15.05.2002, in: GUGS.

273 Günter Grass, Brief an Gerhard Schröder, 14.05.2002, in: GUGS.

274 Günter Grass, Brief an Gerhard Schröder, 14.05.2002, in: GUGS.

275 Vgl. Doris Schäfer-Noske, *Günter Grass gegen Berlin als Standort für Zentrum gegen Vertreibungen*, in: *Deutschlandfunk*, 16.05.2002.

276 Günter Grass, Brief an Gerhard Schröder, 14.05.2002, in: GUGS; vgl. Hilke Ohsoling, Brief an Gerhard Schröder, 13.10.2000, in: GUGS.

277 Martin Doerry / Volker Hage, „Siegen macht dumm“, in: *Der Spiegel*, 25.08.2003.

Initiative von Markus Meckel (SPD).²⁷⁸ Dieser sprach sich in seinem Gegenantrag gemeinsam mit Anje Vollmer (Die Grünen) bereits „für ein europäisches Zentrum gegen Vertreibung“²⁷⁹ aus. Die Initiative zielte darauf, die von der Union angestossene Bundestagsdebatte am 16. Mai 2002 zu beeinflussen und die Position der rot-grünen Regierung entgegenzusetzen. Nevermann informierte Grass darüber, dass allerdings der Standort Breslau „erst (wegen der Tschechen, die auch einbezogen werden sollten) zu einem späteren Zeitpunkt geklärt werden“²⁸⁰ könne. Es bildet sich im Sommer 2002 folglich erstmals eine linke Diskurskoalition zum Thema Vertreibung, die gemeinsam mit Polen und Tschechien „ein europäisches Projekt“²⁸¹ durchführen wollte.²⁸²

Am 4. Juli 2002 wurde der Beschluss im Bundestag von der rot-grünen Mehrheit angenommen.²⁸³ Darin wurde, ohne einen Ort zu benennen, das Ziel formuliert, einen „europäischen Dialog über die Errichtung eines europäischen Zentrums gegen Vertreibung zu beginnen“²⁸⁴, um eine „historisch-wissenschaftliche Ausarbeitung“²⁸⁵ des Themas zu erreichen. Grass unterstützte öffentlich die europäische Ausrichtung, brachte aber das Standortthema entgegen dem Bundestagsbeschluss immer wieder auf die Agenda. Im Verlauf des Diskurses warb er für Breslau, Görlitz oder Frankfurt an der Oder.²⁸⁶ „Jedenfalls nicht Berlin – dann kommt es am Ende wieder zu falschen Vergleichen: Hier das Holocaust-, dort das Vertriebenen-denkmal.“²⁸⁷ Er bekam Unterstützung von Cornelia Pieper (FDP) und Renate Künast (Die Grüne).²⁸⁸ Sein Votum ließ sich allerdings nicht umsetzen, denn gerade „an der Standortfrage [erhitzten sich] die Gemüter“²⁸⁹. Der *Bund der Vertriebenen* lehnte in einem offenen Brief alternative Standortvorschläge ab, da in ihrer Satzung ausdrück-

278 Vgl. Knut Nevermann, Brief an Günter Grass, 31.05.2002, in: GUGS.

279 Deutscher Bundestag, Antrag „Für ein europäisches ausgerichtetes Zentrum gegen Vertreibung“, 14.05.2002; vgl. Markus Meckel, 02.02.2021.

280 Knut Nevermann, Brief an Günter Grass, 31.05.2002, in: GUGS.

281 Oliver Hinz, Vertreibung geht alle an, in: TAZ, 04.07.2002.

282 Adam Krzemiński, Wo Geschichte europäisch wird, in: Die Welt, 20.06.2002.

283 Gerhard Gnauck, „Marcel Reich-Ranicki ist dafür mitverantwortlich“, in: Die Welt, 08.07.2002; vgl. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 04.07.2002.

284 Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien „Für ein europäisches ausgerichtetes Zentrum gegen Vertreibung“, 02.07.2002; vgl. Thomas Urban, Ort der Milde, in: SZ, 08.07.2002.

285 Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien, 02.07.2002.

286 Vgl. Günter Grass, Brief an Wolfgang Thierse, 17.11.2003, in: GUGS; dpa, Grass für Wrocław, in: TAZ, 08.07.2002; Daniel Brössler, Berlin vor neuem Mahnmal-Streit, in: SZ, 15.07.2003; dpa, Breslau statt Berlin, in: SZ, 25.08.2003; Becker, Geschichtspolitik in der Berliner Republik, S. 464.

287 Doerry / Hage, „Siegen macht dumm“, in: Der Spiegel, 25.08.2003.

288 Christian Füller, Anders gedenken, Görlitz / Zgorzelec, in: TAZ, 30.10.2007.

289 Rab., Vermittler?, in: FAZ, 06.09.2003.

lich Berlin festgeschrieben sei.²⁹⁰ Der „Streit um das geplante Zentrum für [sic!] Vertreibung berührt[e] nichts weniger als eine Kernfrage der Geschichtspolitik“²⁹¹, wie Sven Felix Kellerhoff festhielt.

Die Debatte über „Europäisierung oder Nationalisierung der Vergangenheit“²⁹² wurde entlang der Parteilinien geführt und zum Bestandteil des Wahlkampfes 2002.²⁹³ Im Wahlprogramm bekannte sich die Union zum *Zentrum gegen Vertreibung* in Berlin und folgte damit Erika Steinbachs Vorschlag.²⁹⁴ Grass nutzte seine Lesungen zu *Im Krebsgang* dagegen, um deren Kandidat Edmund Stoiber (CSU) aufgrund seiner rechtspopulistischen Äußerungen (vgl. IV. Kap. 7.2.1) und wegen seines Versprechens an die Adresse der Sudetendeutschen zu kritisieren.²⁹⁵ CSU-Generalsekretär Thomas Goppel konterte, indem er diese Äußerungen als Public Relations für das neue Buch wertete.²⁹⁶ Bei einem gemeinsamen TV-Auftritt bekundete Schröder seine „vollständige“²⁹⁷ Übereinstimmung mit Grass, dass „jede Vertreibung, egal welche Ursachen sie hat und wie sie begründet wird“²⁹⁸, für den Einzelnen Unrecht sei. Der Diskurs bestimmte auch die zweite Legislaturperiode der rot-grünen Regierung. Am 15. Juli 2003 mahnte Meckel öffentlich die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses an.²⁹⁹ In einem Aufruf hieß es: Die „Gestaltung eines solchen Zentrums als vorwiegend nationales Projekt, wie es in Deutschland die Stiftung der Heimatvertriebenen plant, ruft das Misstrauen der Nachbarn hervor und kann nicht im gemeinsamen Interesse unserer Länder sein“³⁰⁰. Unterzeichner sind, neben dem tschechischen Vize-Ministerpräsidenten Petr Mareš und den früheren polnischen Außenministern Władysław Bartoszewski

²⁹⁰ Dpa, Vertriebene wollen Zentrum in Berlin, in: Die Welt am Sonntag, 19.05.2002.

²⁹¹ Sven Felix Kellerhoff, Deutsches Leid?, in: Die Welt, 19.07.2003.

²⁹² Gunter Hofmann, Unsere Opfer, ihre Opfer, in: Die Zeit, 17.07.2003.

²⁹³ Michael Naumann, Ein Land im Rückwärtsgang, in: Die Zeit, 28.02.2002.

²⁹⁴ CDU / CSU, Regierungsprogramm „Leistung und Sicherheit. Zeit für Taten“, 2002 / 2006; Oliver Hinz, Vertreibung geht alle an, in: TAZ, 04.07.2002; Daniel Brössler, Berlin vor neuem Mahnmal-Streit, in: SZ, 15.07.2003.

²⁹⁵ Vgl. Ulrich Raulff, Untergang mit Maus und Muse, in: SZ, 05.02.2002; Thorsten Krauel, Kopfnoten, in: Die Welt, 14.02.2002; Gerhard Gnauck, „Marcel Reich-Ranicki ist dafür mitverantwortlich“, in: Die Welt, 08.07.2002.

²⁹⁶ DW, CSU kontert Grass-Kritik „Mieser Blechtrommler“, in: Die Welt, 04.02.2002; Rainer Stephan, Blinde Eulen, in: SZ, 15.02.2002.

²⁹⁷ ARD, Boulevard Bio, 04.06.2002.

²⁹⁸ ARD, Boulevard Bio, 04.06.2002.

²⁹⁹ Vgl. Markus Meckel, Brief an die Unterzeichner des Aufrufes „Für ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibung, Zwangsaussiedlungen und Deportationen“, 14.07.2003, in: GUGS; vgl. K. Erik Franzen, Geschichte einer Idee, in: SZ, 17.12.2003.

³⁰⁰ Daniel Brössler, Berlin vor neuem Mahnmal-Streit, in: SZ, 15.07.2003; Gernot Facius, Humanitas ist unteilbar, in: Die Welt, 17.07.2003.

sowie Bronisław Geremek, parteiübergreifend deutsche Politiker, darunter Wolfgang Thierse (SPD), Rita Süßmuth (CDU), Hans-Dietrich Genscher (FDP), dazu Intellektuelle wie Günter Grass oder Imre Kertész.

Das *Zentrum gegen Vertreibung* war nicht nur zwischen den verschiedenen Parteispektren ein Streitpunkt. Der damalige Kulturstatsminister Julian Nida-Rümelin bestätigt, dass der „Bruch mitten durch die Fraktionen“³⁰¹ ging. Während Bundesinnenminister Schily und Bundeskanzler Schröder der Meinung waren, dass man sich engagieren müsse, gab es „massiven Widerstand in beiden Fraktionen [...]“. Deshalb sind wir da auch nicht rasch vorangekommen, das ist in meiner Amtszeit nicht mehr zustande gekommen.“³⁰² Nida-Rümelins Nachfolgerin Christina Weiss wies auf Differenzen mit Polen hin und plädierte für ein „Netz von Geschichtswerkstätten in ganz Europa“³⁰³. Zwischen ihr und Schily entbrannte daraufhin ein „handfester Kompetenzstreit“³⁰⁴, der Bundespräsident Rau als Vermittler erforderte.³⁰⁵ Alle drei Akteure bezogen sich in ihren Begründungen auf Grass.³⁰⁶ Auch Thierse verwies in einer Rede auf ihn als Autorität, da er „zu den bedeutenden Persönlichkeiten [gehöre], die in Deutschland zu einer neuerlichen Beschäftigung mit dem Schicksal der Vertriebenen angeregt habe“³⁰⁷, ohne Gefahr „einer Relativierung der Nazi-Verbrechen in Polen“³⁰⁸. Der Politiker versuchte, Grass auch am internen Prozess zu beteiligen, indem er ihn für einen Schlussvortrag bei einer Tagung der Historischen Kommission der SPD im Dezember 2003 einlud.³⁰⁹ Thierse bekundet, dass nicht zuletzt *Im Krebsgang* dazu beigetragen habe, „den Kreis derjenigen, die eine Beschäftigung mit Flucht und Vertreibung in Deutschland für notwendig halten, über die Vertriebenenverbände hinaus [zu] erweitern“³¹⁰. Grass musste trotz seines starken Interesses aus Termingründen absagen.³¹¹ Er forderte gegenüber Thierse, „daß es an der Zeit wäre, daß die Bundesregierung sich dieser Aufgabe stellt und gemeinsam mit un-

301 Julian Nida-Rümelin, 16.06.2020.

302 Julian Nida-Rümelin, 16.06.2020.

303 Christina Weiss, Niemand will vergessen, in: *Die Zeit*, 02.10.2003.

304 Hans-Michael Kloth, Wunde Punkte, in: *Der Spiegel*, 03.08.2003.

305 Vgl. Gernot Facius, Wir werden ein Zentrum in Berlin bekommen, in: *Die Welt*, 16.07.2003; Daniel Brössler, Berlin vor neuem Mahnmal-Streit, in: *SZ*, 15.07.2003.

306 Otto Schily, „Lagerdenken ist völlig unangemessen“, in: *FAZ*, 06.09.2003; Johannes Rau, Rede beim Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen, 06.09.2003; Christina Weiss, Niemand will vergessen, in: *Die Zeit*, 02.10.2003.

307 Wolfgang Thierse, Rede „Zur Freundschaft gehört, dass man sich zu ihr bekennt“, 31.03.2005.

308 Wolfgang Thierse, Rede „Zur Freundschaft gehört, dass man sich zu ihr bekennt“, 31.03.2005.

309 Wolfgang Thierse, Brief an Günter Grass, 14.11.2003, in: GUGS.

310 Wolfgang Thierse, Brief an Günter Grass, 14.11.2003, in: GUGS.

311 Günter Grass, Brief an Wolfgang Thierse, 17.11.2003, in: GUGS.

seren polnischen Nachbarn der bislang falsch laufenden Diskussion ein Ende setzt.³¹² Der Intellektuelle plädierte dafür, die Vertriebenenverbände und Erika Steinbach einzubeziehen.³¹³

Es ist anhand von Briefen belegbar, dass Steinbach die Äußerungen des Intellektuellen aufmerksam verfolgte und ein Gespräch einforderte.³¹⁴ Der Intellektuelle suchte die öffentliche Auseinandersetzung mit Erika Steinbach. In der Akademie der Künste fand am 18. Juni 2003 ein öffentlicher Schlagabtausch in Form einer Podiumsdiskussion unter dem Thema *Zentrum gegen Vertreibung – für wen diese Botschaft?* statt. Wie von Grass ausdrücklich gefordert, waren auch Teilnehmer aus Polen, wie Peter Becher, Mihran Dabag, Adam Krzemiński sowie die Journalistin Helga Hirsch beteiligt.³¹⁵ Grass unterstellte dem Konzept Steinbachs aufgrund des Standortes in Berlin „nationale Nabelschau“³¹⁶ und plädierte für eine Erinnerung ohne den *Bund der Vertriebenen*, den er aufgrund der ideologischen Stereotypen nie aus der „Schmuddelecke entlassen“³¹⁷ würde.

Der rot-grünen Regierung gelang es, im Oktober 2003 ein Konzept eines *Europäischen Netzwerks Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert* zu erarbeiten.³¹⁸ Am 2. Februar 2005 wurde ein *Europäisches Netzwerk – Erinnerung und Solidarität* mit Sitz in Warschau von den Kulturministern aus Deutschland, Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei gegründet.³¹⁹ Dieses europäische Netzwerk galt als der Gegenentwurf zum Berliner *Zentrum gegen Vertreibung*.³²⁰ Im Wahlkampf lobte Grass 2005 die SPD dafür, dass sie den Dialog zwischen Deutschland und Polen vorangetrieben habe, während er weiterhin die Idee des Vertriebenen-Zentrums in Berlin als „unerträglich“³²¹ bezeichnete. Der Regierungswechsel veränderte 2005 den Diskurs erheblich. In den Koalitionsvereinbarungen von Union und SPD wurde folgender Kompromiss festgehalten: „Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen,

312 Günter Grass, Brief an Wolfgang Thierse, 17.11.2003, in: GUGS.

313 Günter Grass, Brief an Wolfgang Thierse, 17.11.2003, in: GUGS.

314 Vgl. Erika Steinbach, Brief an Günter Grass, 06.06.2002, in: GUGS; Erika Steinbach Brief an Günter Grass, 02.12.2004, in: GUGS.

315 Günter Grass, Brief an Erika Steinbach, 27.11.2002, in: GUGS; *Zentrum gegen Vertreibung*, Chronik, online: <https://www.z-g.de/zgv/unsere-stiftung/chronik> (zuletzt abgerufen: 07.09.2021).

316 Regina Mönch, Unteilbar, in: FAZ, 19.07.2003.

317 Regina Mönch, Unteilbar, in: FAZ, 19.07.2003.

318 Uwe Rada, Die verzwickte Standortfrage, in: TAZ, 24.04.2004.

319 Vgl. Friedhelm Boll, ... Vertreibung gesamteuropäisch erinnern, in: Historisches Forschungszentrum der FES (Hrsg.), *Vertreibung gesamteuropäisch erinnern. Gemeinsam – nicht getrennt!*, Bonn 2007, S. 3–4.

320 Ulrike Ackermann, Die Erinnerung tut weh – und das ist gut so, in: *Die Welt*, 03.01.2004.

321 Christof Siemes, Liebe auf Nebenwegen, in: *Die Zeit*, 15.09.2005.

um – in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn und Slowakei hinaus – an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und Vertreibung für immer zu ächten.“³²² Tatsächlich stellte sich bald die Frage, wie ein *sichtbares Zeichen* in Berlin aussehen sollte.

Im Dezember 2007 machte der Willy-Brandt-Kreis, der aus Egon Bahr, Günter Grass, Friedrich Schorlemmer, Daniela Dahn und Klaus Staeck bestand (vgl. IV. Kap. 6.2.2), sich stattdessen für ein *Zentrum gegen Krieg* in Berlin stark. Sie äußerten die „Erwartung, dass unser Vorschlag bei Ihrer Beschlussfassung um das geplante ‚sichtbare Zeichen gegen Vertreibung‘ Berücksichtigung findet“³²³. Diese Alternative fand lediglich 1.200 Unterstützer und wurde in der Öffentlichkeit kaum diskutiert. Lediglich Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE) ging auf diesen Vorschlag im Bundestag ein.³²⁴ Die neue Bundesregierung unter Angela Merkel entschied sich dagegen für die Gründung eines Berliner Ausstellungs- und Informationszentrums im früheren *Europa-* und späteren *Deutschlandhaus* und gründete am 30. Dezember 2008 die *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung*.³²⁵ In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Deutschen Bundestag forderte 2010 das P.E.N.-Zentrum deutschsprachiger Autoren im Ausland, das von fünfzig Autoren und auch Grass unterzeichnet wurde, ein neues Konzept.³²⁶ Grass lehnte bis zuletzt ein Vertriebenenzentrum am Standort Berlin ab, denn „Vertreibung ist nicht nur ein deutsch-polnisches oder deutsch-tschechisches Thema. Es ist ein europäisches Thema und muss den historischen Fakten folgen und frei von Ressentiments sein.“³²⁷ Am 21. Juni 2021 wurde das *Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung* von Angela Merkel eröffnet. In ihrer Rede führte sie als Begründung für die notwendige Erinnerung einen Brief von Jan Józef Lipski, Mitglied der *Solidarność*, auf, der an Grass schrieb: „Wenn wir dies nicht tun, erlaubt uns die Last der Vergangenheit nicht, in die gemeinsame Zukunft aufzubrechen.“³²⁸

322 CDU/CSU und SPD, Koalitionsvertrag „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“, 11.11.2005, S. 1114.

323 Willy-Brandt-Kreis e. V., Aufruf für ein *Zentrum gegen Krieg*, Dezember 2007; Willy-Brandt-Kreis e. V., Anschreiben an alle Abgeordneten, 13.02.2008.

324 Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 25.11.2009.

325 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“ (DHMG), Abschnitt 2.

326 FAZ, Stiftung Vertreibung, in: FAZ, 25.03.2010.

327 Jörg-Philipp Thomsa, Im Ohr verblieben Schiffssirenen und etwas Ostsee, in: FAZ, 10.06.2010; dpa, Kernlose Zwiebel, in: Die Welt, 17.12.2007.

328 Angela Merkel, Rede anlässlich der Eröffnung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 21.06.2021.

Grass beförderte durch seine Novelle *Im Krebsgang* den Diskurs über Vertreibung und platzierte erfolgreich öffentlich sein Deutungsmuster. Sein Verdienst war es, dass er sich „mit gewissen versäumten Diskussionen beschäftigt[e]“³²⁹ und das Tabuthema ohne Verdacht des Revanchismus ansprach. Ein kausaler Einfluss des Intellektuellen auf die politische Entwicklung kann nicht ausgemacht werden. Die Teilnehmer standen während der rot-grünen Regierungszeit im Gespräch und bezogen sich auf Grass öffentlich. Der Kampf um die Deutungshoheit über die Geschichte wurde heftig zwischen der rot-grünen Koalition und der konservativen Opposition geführt. In Schröders Regierungszeit setzte sich die von Grass präferierte Diskurskoalition zugunsten eines europäischen Gedenkens durch, konnte aber entsprechende Maßnahmen nicht mehr umsetzen. Der von der Großen Koalition unter Führung Angela Merkels erarbeitete Kompromiss eines Dokumentationszentrums in Berlin entsprach nicht Grass' Vorstellungen, sodass er sich protestierend abwandte.

„Warum erst jetzt?“³³⁰ heißt der erste Satz in *Im Krebsgang*. In einer Vorfassung hieß es im Anschluss: „Weil ich dann alles hätte auspacken müssen ...“³³¹. Dieser Satz wurde von Grass in der Überarbeitung gestrichen. Der Autor begann allerdings 2003, „das Stückwerk Erinnerung zu ergänzen, die Zwiebel zu häuten“³³².

8.2.4 Grass' Waffen-SS-Mitgliedschaft – Das Ende seiner politischen Reputation? (2006)

2006 verursachte die FAZ-Schlagzeile: „Günter Grass: Ich war Mitglied der Waffen-SS“³³³ in Kombination mit dem dazugehörigen Kommentar „Das Geständnis“³³⁴ von Frank Schirrmacher einen Medienskandal. Das empörende Element war die Tatsache, dass der Schriftsteller dieses Detail in seinem Lebenslauf bislang verschwiegen hatte.³³⁵ Er thematisierte erst 2006 in seiner literarischen Au-

³²⁹ Johano Strasser, 07.04.2020.

³³⁰ Grass, *Im Krebsgang*, in: NGA 16, S. 7.

³³¹ Grass, *Sechs Jahrzehnte*, S. 434.

³³² Grass, *Sechs Jahrzehnte*, S. 483; vgl. Andreas Platthaus, *Das Ein-Mann-Jahrhundert*, in: FAZ, 14.04.2015.

³³³ Pba., Günter Grass: Ich war Mitglied der Waffen-SS, in: FAZ, 12.08.2006; vgl. FAZ, „Warum ich nach sechzig Jahren mein Schweigen breche“, in: FAZ, 12.08.2006 auch in: NGA 24, S. 755–772.

³³⁴ Frank Schirrmacher, *Das Geständnis*, in: FAZ, 12.08.2006.

³³⁵ Grass hatte Anfang der 1960er-Jahre Klaus Wagenbach davon berichtet. Vgl. Klaus Wagenbach, Günter Grass hat nichts verschwiegen, in: *Die Zeit*, 26.04.2007; Günter Grass, Brief an Klaus Wagenbach, 30.04.2007, in: GUGS.

tobiografie *Beim Häuten der Zwiebel*, die als Zeitraum den Kriegsbeginn bis zum Erscheinen *Der Blechtrommel* (1933–1959) umfasst.³³⁶ Darin erwähnt Grass am Rande „die doppelte Rune am Uniformkragen“³³⁷, die er „aus nachwachsender Scham“³³⁸ bis dato verschwie. Das Buch thematisiert den „schmerzhaften Prozess“³³⁹ der Erinnerung, „denn die Last blieb, und niemand konnte sie erleichtern“³⁴⁰. Er brach sein Schweigen über seine Waffen-SS-Mitgliedschaft freiwillig, ohne äußeren Zwang.³⁴¹ Der Schriftsteller wollte mit der Veröffentlichung *Beim Häuten der Zwiebel* die „Deutungshoheit“³⁴² über seine Biografie behalten. Er verwies im Diskurs wiederholt auf seine Schwierigkeit, eine geeignete, ästhetische Form dafür zu finden.³⁴³ Es war dem Schriftsteller wichtig, von dem fehlenden Detail seines Lebenslaufes in einem „größeren Zusammenhang zu berichten“³⁴⁴, um es in den Zeitkontext einzuordnen und damit kommentieren zu können. „So groß war das Vertrauen des Schriftstellers in die Macht seiner Worte, in die Kraft seines Buches, den verschwiegenen Makel im Erzählen zu bannen“³⁴⁵, urteilte Lothar Müller. Seine Darstellung über seine Zeit in der Waffen-SS dominiert bis heute, denn faktisch belegbar ist der Einsatz von November 1944 bis Februar 1945 nur durch wenige Akteneinträge.³⁴⁶ In der *FAZ* erschienen noch vor der Buchveröffentlichung Textausschnitte und ein begleitetes Interview.³⁴⁷ Die Zeitung griff die Waffen-SS-Mitgliedschaft für eine skandalisierende Titelgeschichte heraus und inszenierte diese Neuigkeit als „Geständnis-Event“³⁴⁸. Der Diskurs ent-

336 Vgl. Stephan Lohr, „Ich werde mich weiter als Bürger äußern“, in: NDR, abgedruckt in: FR, 18.08.2006; Grass, *Sechs Jahrzehnte*, S. 483 und S. 500.

337 Grass, *Beim Häuten der Zwiebel*, in: NGA 17, S. 111.

338 Grass, *Beim Häuten der Zwiebel*, in: NGA 17, S. 112.

339 Günter Grass, Brief an Yitzhak Mayer, 09.10.2006, in: GUGS abgedruckt in: FR, 10.11.2006; vgl. Grass, *Sechs Jahrzehnte*, S. 497.

340 Grass, *Beim Häuten der Zwiebel*, in: NGA 17, S. 112; vgl. *FAZ*, „Warum ich nach sechzig Jahren mein Schweigen breche“, in: *FAZ*, 12.08.2006.

341 Vgl. Stephan Lohr, „Ich werde mich weiter als Bürger äußern“, in: NDR, abgedruckt in: FR, 18.08.2006; Grass, *Sechs Jahrzehnte*, S. 483 und S. 500; Giovanni di Lorenzo, Günter Grass, in: *Die Zeit*, 07.10.2006.

342 Manfred Bissinger zitiert nach: AP / dpa, Meldungen, in: *Die Welt*, 21.08.2006.

343 Günter Grass, Brief an Paweł Adamowicz, 20.08.2006, in: GUGS, abgedruckt in: FR, 23.08.2006.

344 Günter Grass, Brief an Paweł Adamowicz, 20.08.2006, in: GUGS, abgedruckt in: FR, 23.08.2006.

345 Lothar Müller, Ein Kainsmal, in: *SZ*, 13.11.2006.

346 Vgl. Kölbel, Ein Buch, ein Bekenntnis, S. 224–243; JBi, Günter Grass' Waffen-SS-Mitgliedschaft, in: Fischer / Lorenz, *Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland*, S. 422–426, hier S. 423.

347 Vgl. Hendrik Werner „Ich wundere mich über meine Naivität“, in: *Die Welt*, 26.08.2006.

348 Evelyn Finger, Geständnis-Event, in: *Die Zeit*, 11.08.2006.

stand folglich durch die *FAZ*, ohne dass die Leser das Buch und damit den Kontext kannten.³⁴⁹ Durch das Interview wurde dieser Fakt vorab publik und aus dem von Grass intendierten Zusammenhang herausgerissen. Die Zeitung prägte mit der Aufmachung und Kommentierung von Frank Schirrmacher die Form der Skandalberichterstattung. Es entwickelte sich ab dem 11. August 2006 eine „tumultuarische[...] Auseinandersetzung“³⁵⁰, die sich zu einem „globalen Spektakel“³⁵¹ erweiterte. Der Diskurs verursachte Grass' höchste Medienresonanz in der Berliner Republik (1027 Presseartikel) und fand von August bis September 2006 statt (vgl. Abbildung 23).³⁵² Das Thema wurde in den folgenden Jahren immer wieder aufgegriffen.³⁵³

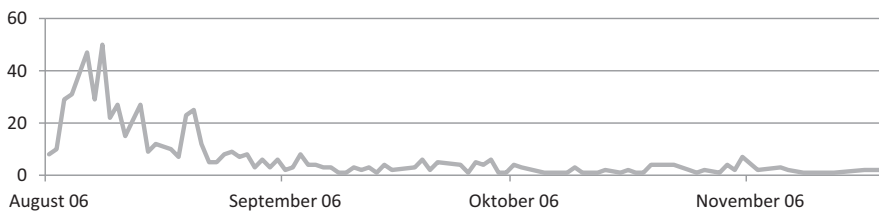


Abbildung 23: Günter Grass' Medienresonanz „Beim Häuten der Zwiebel“ (Juli bis Dezember 2006)
(Quelle: Eigene Darstellung).

8.2.4.1 Diskurs über Grass' moralischen Rigorismus

Grass wollte mit seiner literarischen Autobiografie eine differenzierte Auseinandersetzung in der Gesellschaft anregen. Der Diskurs fokussierte sich stattdessen allein auf sein Verschweigen der Waffen-SS-Zeit. Die öffentliche Debatte wurde von Beginn an unter „gesellschaftlich-politisch[en]“³⁵⁴ Aspekten geführt, da die Glaubwürdigkeit von Grass als „Homo politicus“³⁵⁵ infrage stand. Vom „Ende einer moralischen Ins-

349 Das Buch *Beim Häuten der Zwiebel* erschien aufgrund des Diskurses vorgezogen am 15.08.2006 statt wie geplant am 1. September. Vgl. Kölbel, Ein Buch, ein Bekenntnis, S. 12 (im Folgenden als *Sigle Bekenntnis-Dok.*).

350 Zimmermann, Günter Grass und die Deutschen, S. 299.

351 Zimmermann, Günter Grass und die Deutschen, S. 301.

352 Mediendiskurs wurde dokumentiert in: Kölbel, Ein Buch, ein Bekenntnis, Göttingen 2007.

353 Vgl. Dieter Stolz, *Beim Häuten der Zwiebel* oder *Ich erinnere mich*, in: Marion Brandt / Marek Jaroszewski / Mirosław Ossowski (Hrsg.), Günter Grass. Literatur Kunst Politik, Danzig 2008, S. 103–113; Gries, Die Grass-Debatte; Nickel, Kein Einzelfall, S. 183–198.

354 Harry Nutt, Das lange Schweigen, in: FR, 14.08.2006.

355 Michel Friedman „Ich bin von ihm als deutscher Jude enttäuscht“, in: Leipziger Volkszeitung, 19.08.2006, in: Bekenntnis-Dok., S. 93.

tanz³⁵⁶, seinem „moralischen Selbstmord“³⁵⁷ bis hin zum Sturz des „moralischen Denkmals“³⁵⁸ war in der Presse die Rede. Michael Naumann hält es bis heute für eine „Fehl kalkulation, es dann doch zu veröffentlichen“³⁵⁹, da er sich damit „selbst unterminiert“³⁶⁰ habe.

Die Tatsache, dass der Literaturnobelpreisträger als Siebzehnjähriger in den Kriegswirren der Waffen-SS zugeteilt wurde, hätte unter anderen Umständen vielleicht keinen Skandal erzeugt, da er sich stets zu seiner Verführung durch den Nationalsozialismus bekannte und durch sein literarisches Werk sich bei der Aufarbeitung des Dritten Reiches hervorgetan hatte.³⁶¹ Drei Gründe gab es, warum diese Neuigkeit dennoch zu einem derartigen Skandal avancierte. Es war *erstens* sein langes Schweigen, das zur öffentlichen Erregung führte. Die Öffentlichkeit fragte sich „Warum erst jetzt?“³⁶² hinsichtlich Grass' spätem Mut, sich der Vergangenheit zu stellen. Der Schriftsteller lieferte im Diskurs selbst keine Erklärung für sein Verschweigen. Freunde, wie etwa Manfred Bissinger, mutmaßten, „dass er seinen Gegnern keinen Stoff liefern wollte“³⁶³. Herman Glaser argumentierte dagegen, dass bei einem früheren Bekenntnis Grass' „moralisches Ansehen nicht gelitten“³⁶⁴, sondern sein „moralischer Impetus an Gewichtigkeit gewonnen“³⁶⁵ hätte. Christa Wolf erklärte: „Ich glaube – später dachte ich das – Du dachtest, Du seist jetzt eine so gefestigte Größe in dieser Gesellschaft, daß Dir nichts wirklich Schlimmes mehr passieren kann.“³⁶⁶ *Zweitens* herrschte Unverständnis, dass der Intellektuelle alle sich bisher bietenden Gelegenheiten ungenutzt verstreichen ließ.³⁶⁷ Noch 2003 verteidigte Grass andere Intellektuelle wie Walter Höllerer, Walter Jens oder Peter Wapnewski, als deren NSDAP-Mitgliedschaften bekannt wurden, mit den Worten: Man könne nicht mit „ein paar dürre[n] Fakten [...] ein Leben zudecken!“³⁶⁸ Zu die-

356 Lars-Broder Keil, Kritik und Verständnis für Grass' späte Enthüllung, in: Die Welt, 14.08.2006.

357 Hellmuth Karasek, Moralapostel mit Erinnerungslücken, in: Die Welt am Sonntag, 13.08.2006.

358 Peter von Becker, Übervaterlose Gesellschaft, in: Der Tagesspiegel, 19.08.2006.

359 Michael Naumann, 02.03.2020.

360 Michael Naumann, 02.03.2020.

361 Vor der FAZ hatte keiner der Empfänger der 400 Rezensionsexemplare den Fakt als besonders wahrgenommen. Vgl. Kölbel, Ein Buch, ein Bekenntnis, S. 9 und S. 335; FAZ, „Warum ich nach sechzig Jahren mein Schweigen breche“, in: FAZ, 12.08.2006.

362 Harry Nutt, Das lange Schweigen, in: FR, 14.08.2006.

363 Manfred Bissinger, 07.04.2020.

364 Hermann Glaser zitiert nach Arnulf Baring, Nationalgefühl und Veröstlichung, in: FAZ, 21.11.2006.

365 Hermann Glaser zitiert nach Arnulf Baring, Nationalgefühl und Veröstlichung, in: FAZ, 21.11.2006.

366 Christa Wolf, Brief an Günter Grass, in: 13.12.2006, in: GUGS.

367 Gerrit Bartels, „Die Erinnerung liebt das Versteckspiel“, in: TAZ, 14.08.2006.

368 Wulf Segebrecht, „Wir waren keine Hellseher“, in: FAZ, 22.12.2003.

sem Zeitpunkt schrieb er bereits an *Beim Häuten der Zwiebel*, aber erwähnte seine eigene Verwicklung in die Waffen-SS nicht. Seine Äußerungen aus dem Jahr 2003 erklären allerdings seine Motivation für das Schweigen:

Scham! Ich kann es nur von meiner eigenen Biographie her erklären. Diese Befangenheit in der Ideologie des Nationalsozialismus ist eine Periode, in der ich mich im Rückblick als eine völlig fremde Person begreife und mir mein Verhalten nicht erklären kann. [...] [U]nd diese Dinge setzen sich fest und führen dann zu einer Scham, auch zu einem Bedürfnis, das zu verdecken, es nicht zu erwähnen sich selbst gegenüber.³⁶⁹

Die Empörung beruhte *drittens* vor allem darauf, dass „ausgerechnet Grass, der andere Personen des öffentlichen Lebens wegen deren nationalsozialistisch belasteter Vergangenheit scharf kritisiert hatte, seine eigene Verstrickung in jene Eliteeinheit des Dritten Reichs jahrzehntelang verschwiegen hatte“³⁷⁰. Es war sein „moralischer Rigorismus“³⁷¹ besonders in den 1960er- bis 1970er-Jahren gegenüber der Nazi-Vergangenheit von Spitzenpolitikern, wie Bundeskanzler Kurt Kiesinger (CDU) oder Hans Filbinger (CDU) oder informell auch gegenüber Bundesminister Karl Schiller (SPD), der nun auf ihn zurückfiel.³⁷² Auch sein Diskursbeitrag über den Besuch von Helmut Kohl in Bitburg im Jahr 1985 wurde als weiteres Beispiel genannt.³⁷³ Journalisten und Wissenschaftler konstatierten einhellig, dass Grass über eine „heuchlerische Moral“³⁷⁴ (US-Politologe Daniel Goldhagen) oder „Doppelmoral“³⁷⁵ (Historiker Joachim Fest) verfüge und folglich seinen eigenen Ansprüchen nicht genüge.³⁷⁶

Es handelte sich primär um einen Feuilletondiskurs, der von Journalisten, Schriftstellern, Intellektuellen und Historikern geführt wurde. Er wurde wenig sachlich geführt, sondern steigerte sich in einer persönlichen Verunglimpfung des Autors. Dies zeigt sich anhand von drei Beispielen: Erstens wurde das Geständnis als reine PR-Maßnahme für sein Buch bewertet.³⁷⁷ Zweitens berichteten einige Journalisten fälschlicherweise, Grass käme einer Enthüllung durch die Einsicht der

369 Wulf Segebrecht, „Wir waren keine Hellseher“, in: FAZ, 22.12.2003.

370 Brunssen, Günter Grass, S. 13.

371 Tilman Krause, Ende einer Dienstzeit, in: Die Welt, 14.08.2006.

372 Vgl. Sven F. Kellerhoff, Flucht aus der Wirklichkeit, in: FAZ, 15.08.2006; Wigbert Löer, Mir ist diese Materie nicht unvertraut, in: FAZ, 29.09.2006.

373 Gustav Seibt, Geständnis einer Schnecke, in: SZ, 14.08.2006.

374 Anjana Shrivastava, „Hinter dem Dichter lauerte das Gespenst“, in: Berliner Morgenpost, 21.08.2006.

375 Hans-Jörg Vehlewald, „Ich würde nicht mal mehr einen Gebrauchtwagen von diesem Mann kaufen“, in: Bild-Zeitung, 14.08.2006.

376 Vgl. Klaus Hillenbrand, Hat Günter Grass uns betrogen?, in: TAZ, 15.08.2006.

377 Franz Josef Wagner, Post von Wagner, in: Bild-Zeitung, 14.08.2006, zitiert nach Bekenntnis-Dok., S. 38.

Stasi-Unterlagen zuvor.³⁷⁸ Drittens wurde als Motiv für das Schweigen angeführt, dass Grass mit dem Schweigen den Nobelpreis „erschlichen“³⁷⁹ habe.³⁸⁰ Der Diskurs gipfelte darin, sein gesamtes literarisches und politisches Werk infrage zu stellen.³⁸¹ Es entsteht bei vielen Kommentaren der Eindruck, dass hier, „alte Rechnungen“³⁸² beglichen wurden. Grass fühlte sich von der Heftigkeit des Diskurses gekränkt.³⁸³ Er warf der Presse vor, man wolle ihn zur „Unperson“³⁸⁴ machen. Hier zeigt sich sein schwieriges Verhältnis zu den Medien.³⁸⁵ Auch renommierte Historiker wie Joachim Fest sowie Soziologen und Politologen wurden zur historischen Einordnung befragt, konnten aber nur im geringen Maße zur Versachlichung beitragen.³⁸⁶ Gerade Joachim Fest war mit seiner Autobiographie „Ich nicht!“³⁸⁷ ein Konterpart im Diskurs. Verteidigt wurde Grass lediglich durch Schriftsteller und Intellektuelle seiner Generation, wie Christa Wolf, Ralph Giordano, Erich Loest, Johano Strasser.³⁸⁸ Zudem bekam er Unterstützung aus dem Ausland, wie beispielsweise von Salman Rushdie, Adolf Muschg oder John Irving.³⁸⁹

Auch im Ausland gab es viele Reaktionen auf Grass' Waffen-SS-Mitgliedschaft. Der internationale Diskurs wurde im Vergleich in der Gesamtschau sachlicher und

378 Marianne Quoirin, Grass kommt Enthüllung zuvor, in: Kölner Stadtanzeiger, 16.08.2005, zitiert nach Bekenntnis-Dok., S. 228; Uwe Müller / Sven Felix Kellerhoff, Die gesperrte Akte des Nobelpreisträgers, in: Berliner Morgenpost, 17.08.2006 zitiert nach Bekenntnis-Dok, S. 230.

379 Dpa, Günter Grass: Vorbildfunktion dahin, in: Stern, 15.08.2006.

380 DW., Grass darf Nobelpreis behalten, in: Die Welt, 16.08.2006.

381 Vgl. o. V., „Soll er seine Auszeichnungen zurückgeben?“, in: Die Zeit online, 15.08. 2006; Klaus Hillenbrand, Hat Günter Grass uns betrogen?, in: TAZ, 15.08.2006.

382 Grass, Sechs Jahrzehnte, S. 514; vgl. Heckmann, „Ein kämpferischer Mensch“, in: Deutschlandfunk, 13.04.2015.

383 Vgl. Günter Grass, Dummer August, Göttingen 2007.

384 Hoc / AP / dpa, „Man will mich zur Unperson machen“, in: Der Spiegel, 14.08.2006.

385 Vgl. Hanjo Kesting, Das letzte Wort hat das Buch. Günter Grass und die Medien, in: Ders., Die Medien und Günter Grass, S. 9–14, hier S. 9.

386 Beispielsweise die Historiker Joachim Fest, Hans Mommsen, Arnulf Baring, Hans-Ulrich Wehler, Michael Wolfssohn; Soziologen wie Ralf Dahrendorf, Wolf Lepenies oder Wolfgang Sofsyk und Politikwissenschaftler wie Claus Leggewie und Daniel Goldhagen.

387 André Mielke, Achim, Günter und die Gebrauchtwagen, in: Die Welt am Sonntag, 20.08.2006; vgl. Joachim Fest, Ich nicht. Erinnerung an eine Kindheit und Jugend, 2. Aufl., Reinbek 2006.

388 Vgl. Gries, Die Grass-Debatte, S. 89; Edo Reents, Ich kann an nichts anderes denken, in: FAZ, 15.08.2006; Christa Wolf, Ich habe Respekt vor Günter Grass, in: SZ, 19.08.2006; edo., Grass: Man versucht, mich zur Unperson zu machen, in: FAZ, 15.08.2006; Friedrich Pohl, Kritik an später Beichte des Schriftstellers Günter Grass, in: Die Welt am Sonntag, 13.08.2006.

389 Vgl. SZ., Enttäuscht aber treu, in: SZ, 18.08.2006; Adolf Muschg, Zwiebelopfer für uns alle, in: FAZ, 18.08.2006; DW., Lech Walesa fordert vom Schriftsteller Verzicht auf Ehrungen, in: Die Welt, 18.08.2006.

verständnisvoller als in Deutschland geführt.³⁹⁰ Unter politischen Gesichtspunkten sind vor allem drei Länder besonders von Interesse: Polen, Tschechien und Israel. In Polen war man persönlich enttäuscht von Grass' Verhalten, verzieh dem Sohn Danzigs aber nach dessen offenem Brief schnell (vgl. IV. Kap. 8.2.1). Auch in Tschechien zeigte man sich nach seinen Erläuterungen beruhigt.³⁹¹ In Israel wurde durch die Neuigkeit die angetragene Ehrendoktorwürde der Netanja-Akademie zurückgezogen.³⁹² In seinen Briefen an Polen und Israel zeigte Grass sich deutlich verletzlicher und damit differenzierter als in seinen Interviews in Deutschland. Er bekundete darin, er habe „so konsequent wie möglich versucht, aus den mir erteilten Lektionen als engagierter Bürger die Lehren zu ziehen“³⁹³. Die Lektüre der Korrespondenz komplementiert das Bild von Günter Grass, der mit diesem „Makel“³⁹⁴ schwer zu kämpfen hatte. Es waren gerade diese Briefe und die Lektüre des Buches, die seine Kritiker in Polen oder Israel versöhnten. Aus dieser Perspektive ist es verständlich, dass Grass im Nachhinein bedauerte, dass „bevor mein jüngstes Buch [...] öffentlich zur Kenntnis genommen werden konnte, [...] die Meldung über eine zwar gewichtige, aber nicht den Inhalt des Buches dominierende Episode im Verlauf meiner jungen Jahre eine Kontroverse ausgelöst“³⁹⁵ habe. Es war dem Intellektuellen klar, dass sein „lebenslanges Engagement für eine bessere Gesellschaft von dem schrecklichen Fehler überschattet wird“³⁹⁶. Grass bilanzierte letztlich, er müsse „hinnehmen, daß mir das doppelte S als Kainsmal für meine restlichen Jahre gewiß ist“³⁹⁷ und hoffte, dass sein Verdienst als Schriftsteller und engagierter Bürger „als Gegengewicht wahrgenommen wird“³⁹⁸.

390 Vgl. Lothar Müller, Im Inneren der Zwiebel, in: SZ, 12.06.2007; Jordan Mejias, Kalter Kaffee, in: FAZ, 09.07.2007; dpa, Wunde Punkte, in: SZ, 29.06.2007; Christof Siemes, Treue Arbeiter im Textberg des Herrn, in: Die Zeit, 28.12.2006.

391 Vgl. o. V., Unterm Strich, in: TAZ, 14.08.2006; Lars-Broder Keil, Kritik und Verständnis für Grass' späte Enthüllung, in: Die Welt, 14.08.2006.

392 Vgl. AP, Ehrendoktor-Angebot zurückgezogen, in: Die Welt, 11.11.2006; Joseph Croitoru, Lange Schatten, in: FAZ, 11.11.2006; Lothar Müller, Ein Kainsmal, in: SZ, 13.11.2006; Yitzchak Mayer, „Sie haben uns tief verletzt ...“, in: FR, 10.11.2006.

393 Günter Grass, Brief an Yitzchak Mayer, 09.10.2006, in: GUGS. Der Brief wird in der *Frankfurter Rundschau*, in der britischen *Times*, in dem schweizerischen *Tacheles* am 10.11.2006 veröffentlicht.

394 Günter Grass, Mein Makel, in: NGA 1, S. 426.

395 Günter Grass, Brief an Paweł Adamowicz, 20.08.2006, in: GUGS, vgl. Teilabdruck in: dpa, Grass entschuldigt sich bei den Danziger Bürgern, in: FR, 23.08.2006.

396 Zvi Arad, „Ich respektiere den Künstler“, in: FR, 10.11.2006; Yitzchak Mayer, „Sie haben uns tief verletzt ...“, in: FR, 10.11.2006.

397 Grass, Brief an Yitzchak Mayer, 09.10.2006, in: GUGS, veröffentlicht in FR, 10.11.2006.

398 Grass, Brief an Yitzchak Mayer, 09.10.2006, in: GUGS, veröffentlicht in FR, 10.11.2006.

8.2.4.2 Geschichtspolitischer Diskurs

„Was ist der politische Ertrag der Debatte? Und worin liegt ihr politischer Kern?“³⁹⁹ Albrecht von Lucke kam zu dem Ergebnis: „Von Anfang an ging es weniger um Grass oder gar dessen literarisches Werk als um die politische Vergangenheit, Gegenwart und damit auch die Zukunft dieses Landes. Die Grass-Debatte ist ein Kampf um die politisch-kulturelle Deutungshoheit in dieser Republik.“⁴⁰⁰ Gregor Gysi (Linkspartei.PDS) urteilte, dass sein Schweigen durch das „gesellschaftliche Klima in der alten Bundesrepublik“⁴⁰¹ bedingt sei, das eine „frühzeitige Offenbarung erschwert“⁴⁰² habe. Was sagt es über die Vergangenheitsbewältigung der Deutschen aus, wenn der Tabubrecher Grass trotz offen thematisierter Nazi-Vergangenheit vor lauter Scham seine Waffen-SS-Zugehörigkeit erst mit fast achtzig Jahren öffentlich machte? Der ehemalige Generalsekretär Heiner Geißler (CDU) wies daraufhin, dass der Schriftsteller in Deutschland eine Unfähigkeit zur Differenzierung „selbst mit befördert“⁴⁰³ habe. Er sei somit „zu einem gewissen Grad auch ein Opfer seiner eigenen Haltung“⁴⁰⁴ geworden. Diese zentrale geschichtspolitische Frage wurde im Diskurs vernachlässigt und erst mit Abstand zu der anhaltenden Tabuisierung in dieser Generation thematisiert.⁴⁰⁵

Nur am Rande eröffnete *Beim Häuten der Zwiebel* folglich einen geschichtspolitischen Diskurs über die Verwicklung der Generation der Siebzehnjährigen im Nationalsozialismus und die daraus resultierende Schuld. Der Schriftsteller und sein Schweigen werden, wie Frank Schirrmacher festhielt, zum „Symbol der Schwierigkeiten [einer] solche[n] Bewältigung“⁴⁰⁶. Im Diskurs wird deutlich, dass der Name Günter Grass als prominentes Beispiel für eine „gesamtgesellschaftliche Verstrickung“⁴⁰⁷ im Nationalsozialismus steht, die mehrere Vertreter dieser Generation von Intellektuellen betrifft. Sein Beispiel zeigt die Brüche in den Biografien der Kriegsgeneration und die Ambivalenz in der Auseinandersetzung damit. Der Diskurs sollte zur Differenzierung den Anstoß geben, aber „je genauer die Forschung die ungezählten

399 Albrecht von Lucke zitiert nach Arnulf Baring, Nationalgefühl und Veröstlichung, in: FAZ, 21.11.2006.

400 Albrecht von Lucke zitiert nach Arnulf Baring, Nationalgefühl und Veröstlichung, in: FAZ, 21.11.2006.

401 Gregor Gysi, in: Super Illu, zitiert nach Bekenntnis-Dok., S. 132.

402 Gysi, in: Super Illu, zitiert nach Bekenntnis-Dok., S. 132.

403 Dirk Kurbjuweit et al., Fehlbar und Verstrickt, in: Der Spiegel, 21.08.2006.

404 Dirk Kurbjuweit et al., Fehlbar und Verstrickt, in: Der Spiegel, 21.08.2006.

405 Vgl. Nicole Weber, NSDAP-Mitgliedschaften, in: Fischer / Lorenz, Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland, S. 426–429.

406 Frank Schirrmacher, Eine zeitgeschichtliche Pointe, in: FAZ.net, 12.08.2006.

407 Nicole Weber, NSDAP-Mitgliedschaften, S. 426.

Facetten des Zweiten Weltkrieges betrachtet, desto komplizierter [wurde] das Bild“⁴⁰⁸. Die Reaktion auf Grass' Vergangenheit zeigte, dass die Debatte über das Dritte Reich nicht abgeschlossen war. Es lässt sich anhand dieses Diskurses rekonstruieren, dass die Waffen-SS auch in der Berliner Republik als Reizwort wirkte. Dabei wurde nicht abgewogen, was derjenige sich konkret zu Schulden kommen ließ. Grass bekundete, selbst keinen Schuss in dem Chaos abgegeben zu haben. Trotzdem wurde ihm im Lauf der Zeit klar, dass er „unwissend oder, genauer, nicht wissen wollend Anteil an einem Verbrechen hatte, das mit den Jahren nicht kleiner wurde, das nicht verjähren will, an dem ich immer noch kranke.“⁴⁰⁹ Daraus resultierte die Scham, die ihn sein Leben lang prägte. Ob der Diskurs für die geschichtspolitische Aufarbeitung langfristig mehr Differenzierung gebracht hat und *Beim Häuten der Zwiebel* einen „erinnerungspolitische[n] Meilenstein“⁴¹⁰ darstellt, ist auf dieser Basis nicht zu beurteilen. Der Intellektuelle rief mit seinem freiwilligen Bekenntnis kurzfristig kritische Nachfragen, aber vor allem einen investigativen Journalismus hervor. In den folgenden Jahren folgten Enthüllungen über die NSDAP-Mitgliedschaft von Marin Walser, Dieter Hildebrandt, Siegfried Lenz oder Jürgen Habermas. Viele Leser berichteten allerdings von einem Generationengespräch, dass durch die Lektüre von *Beim Häuten der Zwiebel* angeregt wurde. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, inwieweit das Elternhaus und dessen Ausrichtung für die Beteiligung der Jugendlichen am Nationalsozialismus entscheidend waren. Erst in einer zweiten Phase erreichte die Debatte demnach ein „aner kennenswertes Niveau bundesdeutscher Zeit- und Vergangenheitsverständigung“⁴¹¹. Gerhard Schröder hob anerkennend hervor: „Grass [hat] sich selbst nicht geschont. Er hat sich nicht geschämt, sein eigenes Handeln im nationalsozialistischen Deutschland herauszustellen. Es ging ihm um ein Schuldeingeständnis für viele Versäumnisse, aber auch um die Übernahme von Verantwortung. Das eigene Versagen sollte nicht vergessen werden, sondern als mahnendes Beispiel dienen.“⁴¹²

8.2.4.3 Auswirkungen auf Günter Grass' politisches Engagement

Es bildeten sich als Reaktion auf Grass' Waffen-SS-Mitgliedschaft in der Öffentlichkeit zwei Diskurskoalitionen entlang des Rechts-Links-Spektrums, bei denen sich vor allem Parteimitglieder von Union und SPD hervortaten (vgl. Tabelle 70). Die Kritik fiel bei konservativen Politikern größer aus, während die Linken Grass

⁴⁰⁸ Sven Felix Kellerhoff, Aus eigener Überzeugung, in: Die Welt, 05.10.2006.

⁴⁰⁹ Grass, *Beim Häuten der Zwiebel*, in: NGA 17, S. 197.

⁴¹⁰ Ijoma Mangold, Gigantische Zahlen, monströse Selbstgerechtigkeit, in: SZ, 09.10.2006.

⁴¹¹ Zimmermann, Günter Grass und die Deutschen, S. 304.

⁴¹² Gerhard Schröder, Brief an Ute Grass, 13.04.2015, in: GUGS.

Tabelle 70: Politische Diskurskoalition zu „Beim Häuten der Zwiebel“.

Pro	Kontra	
<u>SPD</u>	<u>CDU</u>	
Kurt Beck	Angela Merkel	Erika Steinbach
Franz Müntefering	Bernd Neumann	Joachim Paulick
Otto Schily	Ronald Pofalla	Hermann Schäfer
Wolfgang Thierse	Norbert Lammert	Uwe Lehmann-Brauns
Gesine Schwan	Wolfgang Bönnsen	Richard von Weizsäcker
Klaus Wowereit	Philipp Mißfelder	Bernhard Vogel
	Armin Laschet	Carl-Ludwig Wagner
<u>Grünen</u>	<u>FDP</u>	
Fritz Kuhn	Wolfgang Gerhardt	
<u>PDS</u>	<u>PDS</u>	
Gregor Gysi	Oskar Lafontaine	
Petra Pau		
<u>CDU</u>	<u>SPD</u>	
Michael Hennich	Siegmond Ehrmann	
Heiner Geißler	Thomas Rother	
	Hermann Glaser	

im Sinne ihrer Parteilinie verteidigten und damit unterstützten. Insgesamt lassen sich bei Politikern beider Seiten aber auch differenzierte Äußerungen feststellen, die im Gegensatz zur Skandalisierung der Medien stehen.

Konservative Politiker kritisierten Grass vornehmlich im Diskurs. Mehrere Politiker äußerten ihr Unverständnis aufgrund des bisherigen moralischen Auftretens des Intellektuellen. Dieses Fehlverhalten fände seine Fortsetzung in seiner in einem Interview geäußerten Kritik an der Adenauer-Regierung.⁴¹³ Generalsekretär Ronald Pofalla erklärte, dass Grass für ihn nie eine moralische Instanz gewesen sei.⁴¹⁴ CDU-Politiker wie der Kulturpolitiker Wolfgang Bönnsen oder der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, forderten die Rückgabe des Nobelpreises.⁴¹⁵ Erika Steinbach plädierte dafür, dass Grass die Bucheinnahmen für die Opfer des NS-Regimes spenden sollte.⁴¹⁶ Regierungssprecher Thomas Steg

⁴¹³ Dirk Kurbjuweit et al., Fehlbare und Verstrickt, in: Der Spiegel, 21.08.2006; Joachim Peter, „Geschichte wird nur noch bruchstückhaft vermittelt“, in: Die Welt, 16.09.2006; Julia Spinola, Eklat um Buchenwald, in: FAZ, 28.08.2006; Bernhard Vogel, Unhaltbarer Vergleich bei Grass, in: FAZ, 16.08.2006; Carl-Ludwig Wagner, Rätselhafte Aversion, in: FAZ 18.08.2006.

⁴¹⁴ Dirk Kurbjuweit et al., Fehlbare und Verstrickt, in: Der Spiegel, 21.08.2006.

⁴¹⁵ Edo., Grass: Man versucht mich zur Unperson zu machen, in: FAZ, 15.08.2006.

⁴¹⁶ Oliver Hinz, Antideutsche Töne in Warschau, in: Die Welt, 19.08.2006.

kommentierte das Ereignis nicht, da eine „Beurteilung [...] nicht Aufgabe der Bundesregierung“⁴¹⁷ sei. Im Laufe der Auseinandersetzung äußerte sich schließlich Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem Wunsch, „wir wären über seine Biografie von vornherein in vollem Umfang informiert gewesen“⁴¹⁸. Sie zeigte ihr Verständnis für die Vielzahl an Kritik im In- und Ausland. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker betonte, dass Grass die Verantwortung für „alle Steinwerfer“⁴¹⁹ trage. Er wies gleichzeitig auf seine Verdienste hinsichtlich der deutsch-polnischen Aussöhnung hin. Auch Norbert Lammert warnte „vor Übertreibungen und maßlosen Schlussfolgerungen“⁴²⁰.

Führende SPD-Politiker waren angesichts dieser „erstaunlich[en]“⁴²¹ (Wolfgang Thierse) Neuigkeit „irritiert“⁴²² (Björn Engholm) und „etwas erschrocken“⁴²³ (Parteivorsitzende Kurt Beck). Vizekanzler Franz Müntefering räumte ein, „es wäre gut, wenn es eher gewesen wäre“⁴²⁴. Die Politiker aus dem linken Partei-spektrum zeigten grundsätzlich Verständnis für Grass und verteidigten ihn gegen die massive Kritik. Siegmund Ehrmann sah diesen Fall als ein „Beispiel der Tragik dieser Generation“⁴²⁵ und bekundete, dass dies nun einen Schatten auf Grass' Leistungen werfe. Otto Schily erklärte, dass das Schweigen „gewiss ein Fehler [sei], aber er hat den Fehler korrigiert, wenn auch sehr spät. Auch ein großer Mann macht Fehler. Lassen wir es dabei bewenden.“⁴²⁶ Wolfgang Thierse (SPD) wies auf das Lebenswerk des Schriftstellers und Literaten hin und riet seiner Partei, Grass „nicht als Aussätzigen zu behandeln“⁴²⁷. Er betonte rückblickend, dass sich 2006 ein „Teil der bundesdeutschen Öffentlichkeit auf ihn stürzte, um endlich

417 Daniel Friedrich Sturm, Thierse will Grass „nicht als Aussätzigen behandeln“, in: *Die Welt*, 15.08.2006.

418 Ansgar Graw, „Sich nach Umfragen zu richten, wäre vollkommen falsch“, in: *Die Welt*, 22.08.2006.

419 AP., Günter Grass. Weizsäcker würdigt die Rolle des Literaten im deutsch-polnischen Dialog, in: *Die Welt*, 21.08.2006.

420 DW., Grass darf Nobelpreis behalten, in: *Die Welt*, 16.08.2006.

421 Daniel Friedrich Sturm, Thierse will Grass „nicht als Aussätzigen behandeln“, in: *Die Welt*, 15.08.2006.

422 Daniel Friedrich Sturm, Thierse will Grass „nicht als Aussätzigen behandeln“, in: *Die Welt*, 15.08.2006.

423 O. V., Geteiltes Echo auf Grass, in: *Wiener Zeitung*, 13.08.2006.

424 Edo., Grass: Man versucht mich zur Unperson zu machen, in: *FAZ*, 15.08.2006.

425 Daniel Friedrich Sturm, Thierse will Grass „nicht als Aussätzigen behandeln“, in: *Die Welt*, 15.08.2006.

426 Rainer Schmidt / Hajo Schumacher / Konrad R. Müller, „Ich hatte immer sehr gute Plätze“, in: *SZ*, 20.10.2006.

427 Daniel Friedrich Sturm, Thierse will Grass „nicht als Aussätzigen behandeln“, in: *Die Welt*, 15.08.2006.

seine Autorität zu zerstören⁴²⁸, was „über jedes Maß hinaus[ging]“⁴²⁹. Auch Antje Vollmer (Die Grünen) sprach von einem medialen „Todesstoß für die moralische Figur Günter Grass“⁴³⁰.

Der Diskurs versetzte den Intellektuellen in eine „schwere Krise“⁴³¹. In dieser Situation erreichten ihn von einigen Politikern aufmunternde Worte, um ihm damit in dieser Zeit moralisch beizustehen.⁴³² Heide Simonis prophezeite, „sie werden versuchen, Dich zu teeren und zu federn; sie waren schon immer auf [diesem] Trip“⁴³³. Franz Müntefering (SPD) schrieb: „Ich kann mir vorstellen, daß die vergangenen Monate nicht so ganz einfach waren für Dich. Daß Du mutig bleibst und kämpferisch, gelassen und engagiert – das wünsche ich Dir (und uns)“⁴³⁴. Egon Bahr sah im Diskurs den Vorteil: „Nach Deinem großartigen Buch der Häutungen schuldest Du weder Lesern noch der Gesellschaft etwas. Du kannst nun, [...] Dich frei tummeln oder auch in Würde vertrotteln, obwohl die zweite Alternative wenig wahrscheinlich ist.“⁴³⁵ Grass zeigte sich bereits im September 2006 wieder kämpferisch und kündigte an, „weiterhin den Mund auf[zum]achen“⁴³⁶. Die SPD verzichtete nach dem Skandal nicht auf ihren prominenten Wahlhelfer. Noch inmitten des Diskurses bat Klaus Wowereit den Schriftsteller demonstrativ um Unterstützung für seinen Wahlkampf in Berlin 2007.⁴³⁷ Bereits zu seinem 80. Geburtstag im Oktober 2007 waren auch versöhnlichere Töne von konservativen Politikern zu vernehmen. Bundespräsident Horst Köhler machte deutlich, dass das Buch *Beim Häuten der Zwiebel* „ein Dokument der persönlichen Verantwortung“⁴³⁸ sei, „die nicht nur Sie, Herr Grass, sondern alle Ihre Altersgenossen tief geprägt, ja gezeichnet hat“⁴³⁹.

428 Wolfgang Thierse, 03.03.2020.

429 Wolfgang Thierse, 03.03.2020.

430 Antje Vollmer, 02.03.2020.

431 Eckhard Fuhr, Lyrisches Protokoll einer schweren Krise, in: Die Welt am Sonntag, 01.04.2007.

432 Vgl. Frank-Walter Steinmeier, Brief an Günter Grass, 16.10.2006, in: GUGS; Michael Naumann, Brief an Günter Grass, 09.10.2007, in: GUGS.

433 Heide Simonis zitiert nach: Neumann, Alles gesagt?, S. 686.

434 Franz Müntefering, Brief an Günter Grass, 16.10.2006, in: GUGS.

435 Egon Bahr, Brief an Günter Grass, 16.10.2006, in: GUGS.

436 Lothar Müller, Entlassen mit hohen Auflagen, in: SZ, 06.09.2006.

437 Vgl. tso./ddp, Wowereit: Grass soll Wahlkampf machen, in: Der Tagesspiegel, 23.08.2006; dpa, CDU kritisiert Wowereits Bitte um Grass-Unterstützung, in: Die Welt, 25.08.2006; Philipp Grassmann, Trommeln für den Regenten, in: SZ, 25.08.2006; Tina Hildebrandt, Der schwer Erziehbare, in: Die Zeit, 07.09.2006; FAS., Nachrichten, in: FAS, 10.09.2006.

438 Hendrik Werner, Makel verpflichtet, in: Die Welt, 29.10.2007.

439 Hendrik Werner, Makel verpflichtet, in: Die Welt, 29.10.2007.

In seiner Laudatio wies er auf seine Verdienste für Deutschland und sein „Ringeln um Deutschland“⁴⁴⁰ hin. „Sie haben mitgearbeitet und mitgeschrieben und mitgezeichnet am kulturellen Gesicht unseres Landes“⁴⁴¹. Grass bedankte sich in einem persönlichen Brief bei dem Bundespräsidenten für diese Rede:

Wie kaum ein anderer haben Sie meine langjährige Tätigkeit als Schriftsteller, Künstler und Bürger meines Landes dem Publikum deutlich gemacht. Sie taten das aus Kenntnis der zurückliegenden Jahrzehnte, der Mühsal beim Aufbau einer Demokratie [...] Ja, es stimmt, ich liebe mein Land, gerade weil es mir die Möglichkeit bietet, mit Kritik und kritischen Anstößen, dieser Liebe Ausdruck zu geben.⁴⁴²

Norbert Lammert (CDU) wünschte ihm „Kraft und das notwendige Quentchen Verwegenheit, das immer wieder Anlass zum Streit bietet, den eine lebendige Demokratie nicht nur erträgt, sondern braucht“⁴⁴³. Klaus Wowereit (SPD) lobte Grass' Gerechtigkeitssinn sowie Bereitschaft und Fähigkeit des Schriftstellers als politischen Menschen, für seine Überzeugung nicht nur offensiv zu kämpfen, sondern in der Debatte auch Gegenschläge auszuhalten.⁴⁴⁴ Ein Jahr nach dem Skandal wurde Grass' Leben demnach bereits ausgewogener beurteilt.

Nachdem sich die Aufregung gelegt hatte, folgten weitere Auftritte des Schriftstellers für die SPD, wie 2008 für Michael Naumann in Hamburg und 2009 im Bundestagswahlkampf (vgl. IV. Kap. 6.2.1). Auch der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck pflegte weiterhin den intellektuellen Austausch (vgl. IV. Kap. 6.3.3), da „man seine Jugenderfahrung nicht absolut setzen und ein ganzes Werk als nicht mehr relevant darstellen“⁴⁴⁵ sollte. Auch andere Spitzenpolitiker traten gemeinsam mit Grass öffentlich auf, wie beispielsweise Olaf Scholz 2011 oder Peer Steinbrück 2013 (vgl. IV. Kap. 6.2.1). Eine offensichtliche Zäsur in der Zusammenarbeit zwischen Grass und der SPD ist nicht feststellbar. Bei genauerer Betrachtung ist allerdings durchaus eine Veränderung feststellbar. Beispielsweise führte Grass zwar eine *Politische Lesereise* im Bundestagswahlkampf 2009 zugunsten von Frank-Walter Steinmeier durch, aber es gab kein gemeinsames Auftreten, beispielsweise auf der Abschlusskundgebung.⁴⁴⁶ 2013 riet Peer Steinbrücks Umfeld davon ab, Grass zu beteiligen.⁴⁴⁷ Der Politiker be-

⁴⁴⁰ Hendrik Werner, Makel verpflichtet, in: *Die Welt*, 29.10.2007.

⁴⁴¹ Horst Köhler, Laudatio auf Günter Grass, 17.10.2007, in: GUGS.

⁴⁴² Günter Grass, Brief an Horst Köhler, 09.01.2008, in: GUGS; vgl. Grass, Trotz allem, in: Grass, *Eintagsfliegen*, S. 49.

⁴⁴³ Norbert Lammert, Brief an Günter Grass, 16.10.2007, in: GUGS.

⁴⁴⁴ Vgl. Klaus Wowereit, Brief an Günter Grass, 16.10.2007, in: GUGS.

⁴⁴⁵ Kurt Beck, 30.03.2020.

⁴⁴⁶ Vgl. Klaus-Jürgen Scherer, 02.03.2020.

⁴⁴⁷ Peer Steinbrück, 08.06.2020.

schrieb die Wirkung auf Nachfrage als einen „schleichenden Prozess“⁴⁴⁸. Die „Lebenslüge seiner Person“⁴⁴⁹ habe Grass ins Zwielficht gezogen, sodass die „öffentliche Rolle und Integrität nicht fundamental, doch graduell verschoben“⁴⁵⁰ wurde. Dies hielt den Intellektuellen nicht davon ab, sich weiterhin politisch und moralisch zu äußern. Eine direkte politische Konsequenz ergab sich daraus folglich nicht, da er trotz des Vertrauensverlustes politischer Akteur blieb.

Grass büßte durch die Unterschlagung dieses wichtigen Kapitels in seinem Lebensweg allerdings seine Deutungsmacht im geschichtspolitischen Bereich ein, wie der Diskurs um das Israel-Gedicht belegt (vgl. IV. Kap. 7.2.2). Laut Meinungsumfragen hatte die Mehrheit der Befragten Verständnis für Grass, auch wenn 51 Prozent der Befragten sich ein früheres Bekenntnis gewünscht hätten.⁴⁵¹ Tatsächlich litten seine normative Glaubwürdigkeit und seine Reputation als Intellektueller unter dem Skandal, wie Wissenschaftler prophezeiten.⁴⁵² Man merkt dem späteren Diskurs an, dass der „Makel“⁴⁵³ blieb. Seine Vergangenheit im Dritten Reich war eines der „Schuldmotoren“⁴⁵⁴ für Grass' literarisches Werk und sein politisches Engagement.⁴⁵⁵ Es handelte sich, wie Volker Breidecker schrieb, um ein sehr lautstarkes, „offensives Verschweigen“⁴⁵⁶ seiner Scham, die in zahlreichen Reden und Romanen ihren Niederschlag fand. Er versuchte diese Schuld im politischen Bereich abzuarbeiten, wie auch im literarischen Feld. Juli Zeh sagte anlässlich des achtzigsten Geburtstages, Grass habe ihr bewiesen, „dass man durchhalten“⁴⁵⁷ und zur eigenen Überzeugung stehen kann. Adam Michnik prophezeite bereits 1999: „Sein Werk kann man mit einer Zwiebel vergleichen, die von den Deutschen geschält wird, damit sie auf diese Weise ihre Tränen zum Fließen bringen. Ohne Grass wären die Deutschen ein anderes Volk. Doch auch wir Polen wären ein anderes Volk.“⁴⁵⁸

448 Peer Steinbrück, 08.06.2020.

449 Peer Steinbrück, 08.06.2020.

450 Peer Steinbrück, 08.06.2020.

451 Vgl. DW., Grass darf Nobelpreis behalten, in: Die Welt, 16.08.2006; o. V., Focus-Frage, in: Focus, 21.08.2006, in: Bekenntnis-Dok, S. 221.

452 Hermann Glaser zitiert nach Arnulf Baring, Nationalgefühl und Veröstlichung, in: FAZ, 21.11.2006.

453 Grass, Der Makel, in: NGA 1, S. 426.

454 Klaus von Schilling, Schuldmotoren. Artistisches Erzählen in Günter Grass' „Danziger Trilogie“, Bielefeld 2002.

455 Günter Grass, Ich erinnere mich ..., in: NGA 23, S. 285 f.

456 Volker Breidecker, Mit siebzehn hat man noch Träume, in: SZ, 19.08.2006.

457 Juli Zeh, Rede „Es ist möglich, zu den eigenen Überzeugungen zu stehen“, Lübeck, 27.10.2007.

458 Stefan Chwin, Die Zwiebel von Danzig, in: FAZ, 04.10.1999.

8.3 Berater mit „Geschichtsgefühl“

Günter Grass war in der Berliner Republik ein Berater von Politikern in der Geschichtspolitik, wie für Willy Brandt, den damaligen Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping, die frühere Ministerpräsidentin Heide Simonis und den Bundeskanzler Gerhard Schröder. Ein Mitarbeiter von Brandt bat 1989 den Intellektuellen um Anregungen für eine Rede anlässlich der fünfzigsten Wiederkehr des Kriegsbeginns am 1. September 1989, die im Zuge der Reformbewegung in Osteuropa zusätzliches Gewicht erhielt.⁴⁵⁹ Grass kam der Bitte nach und verwies darauf, dass Deutschland den Polen als „Opfer der ersten deutsche[n] Aggression“⁴⁶⁰ nun nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs eine „effektive wirtschaftliche Hilfe“⁴⁶¹ schulde.⁴⁶² Der Intellektuelle beriet auch ungefragt politische Akteure, wie beispielsweise Scharping. Ihm empfahl er 1994 eine stärkere Positionierung seiner Außenpolitik durch Reisen nach Prag, Warschau, Kiew sowie Moskau, die der Politiker aber bereits geplant hatte.⁴⁶³ Eine engere Zusammenarbeit lässt sich vor allem mit Schröder rekonstruieren, der Grass' Beratung gezielt anfragte. Bereits kurz nach dem Regierungsantritt der rot-grünen Regierung konstatierte der Schriftsteller: „Die noch junge Bundesregierung steht vor großen erinnerungspolitischen Aufgaben“⁴⁶⁴, da „ein Riesensoll zur Bewältigung“⁴⁶⁵ ansteht. Im Bereich der Geschichtspolitik befand sich die rot-grüne Regierung „vom ersten Tag in der Offensive“⁴⁶⁶. Noch vor der Wahl empfahl Grass dem Kanzlerkandidaten, „den kulturellen Brückenschlag zu Polen und Tschechien als seine Aufgabe“⁴⁶⁷ anzusehen. „Eine der ersten Auslandsreisen führte Bundeskanzler Gerhard Schröder Ende 1998 nach Warschau. Der Chef der rot-grünen Bundesregierung reiste damals gut vorbereitet nach Polen [...] [und] ging gekonnt mit den Befindlichkeiten der Nachbarn um [...]“⁴⁶⁸

459 Klaus-Henning Rosen, Brief an Günter Grass, 06.04.1989, in: Kölbel, Briefwechsel, S. 780.

460 Günter Grass, Brief an Klaus Henning Rosen, 25.04.1989, in: Kölbel, Briefwechsel, S. 781.

461 Günter Grass, Brief an Klaus Henning Rosen, 25.04.1989, in: Kölbel, Briefwechsel, S. 781.

462 Vgl. Grass, Scham und Schande, in: NGA 22, S. 399; Johannes Rau, Brief an Günter Grass, 13.10.1989, in: AdK, GGA, Signatur 12368.

463 Vgl. Günter Grass, Brief an Rudolf Scharping, 14.02.1994, in: AdK, GGA, Signatur 14306; Rudolf Scharping, Brief an Günter Grass, 24.02.1994 sowie 10.04.1994, in: AdK, GGA, Signatur 12511.

464 Jörg-Dieter Kogel / Harro Zimmermann, „Die Zeit der Sprechblasen ist vorbei“, in: FR, 03.02.1999.

465 Kogel / Zimmermann, „Die Zeit der Sprechblasen ist vorbei“, in: FR, 03.02.1999.

466 Wolfrum, Rot-Grün, S. 584.

467 Günter Grass, Brief an Gerhard Schröder, 07.05.1998, in: AdK, GGA, Signatur 14349.

468 Kerski, Polen, S. 411.

Konkrete Beratungsanlässe von Grass nennt Schröder auf Nachfrage seine Reise nach Polen 2004 und nach Königsberg 2005.⁴⁶⁹ 2004 wurde der Bundeskanzler anlässlich des sechzigsten Jahrestages des Warschauer Aufstands eingeladen. Er bekannte, dass die Teilnahme an der Gedenkveranstaltung für ihn „eines der aufwühlendsten emotionalen Erlebnisse im Ausland“⁴⁷⁰ gewesen sei, dem er „mit Nervosität entgegen“⁴⁷¹ sah. Das Gedenken an den Warschauer Aufstand hatte aus seiner Wahrnehmung „eine besondere historische, eine fast heilige Bedeutung“⁴⁷² in Polen. Für Schröder war „die Teilnahme eines deutschen Kanzlers an diesen Erinnerungen nicht selbstverständlich. Sehr deutlich wurde: Die Wunden waren noch nicht verheilt.“⁴⁷³ Darüber hinaus rissen Vorstöße der Vertriebenenverbände „die alten Wunden in Polen [...] wieder“⁴⁷⁴ auf (vgl. IV. Kap. 8.2.3.2). Es war folglich ein „äußerst sensibles historisches Datum, nicht nur für die deutsch-polnischen Beziehungen, auch für die russisch-polnischen Beziehungen“⁴⁷⁵. Vor diesem Hintergrund bereitete Schröder sich „gründlich auf die Rede vor“⁴⁷⁶, indem er das Gespräch mit Günter Grass und Altbundespräsident Richard von Weizsäcker suchte. Es waren genau jene, die bereits im Mai 1990 zusammen nach Polen reisten (vgl. IV. Kap. 2.2.4) und über langjährige Erfahrungen verfügten. Die Funktion der Beratung erklärt der damalige Bundeskanzler rückblickend wie folgt: „Für die Vorbereitung solcher Reisen und Reden waren das sehr wichtige Gespräche, denn sie haben mir geholfen, geschichtliche Ereignisse einzuordnen.“⁴⁷⁷ Der Intellektuelle war in dieser Situation ein guter Gesprächspartner, denn „Grass hatte hierfür, besonders vor dem Hintergrund seiner eigenen Biographie, ein gutes Geschichtsgefühl“⁴⁷⁸. Uwe-Karsten Heye erinnert sich, dass diese Impulse im Kanzleramt „gerne“⁴⁷⁹ und „mit großer Überzeugung aufgenommen“⁴⁸⁰ wurden. Schröder gehört schließlich einer Generation an, die „im Schat-

469 Vgl. Gerhard Schröder, 24.06.2020; Schröder, Entscheidungen, S. 344.

470 Schröder, Entscheidungen, S. 340–342.

471 Schröder, Entscheidungen, S. 342.

472 Schröder, Entscheidungen, S. 342.

473 Gerhard Schröder, Beitrag „Wir brauchen international wieder mehr Kooperation“, 05.05.2020.

474 Schröder, Entscheidungen, S. 343.

475 Gerhard Schröder, 24.06.2020.

476 Gerhard Schröder, Entscheidungen, S. 344.

477 Gerhard Schröder, 24.06.2020.

478 Gerhard Schröder, 24.06.2020.

479 Uwe-Karsten Heye, 05.11.2020.

480 Uwe-Karsten Heye, 05.11.2020.

ten dieses Geschehens⁴⁸¹ aufwuchs und dankbar für derartige Hinweise und Einordnungen war. Heye bekräftigt, dass Grass als Zeitzeuge

[...] für Schröder [...] auch ein Tippgeber [war], in welchem historischen Zusammenhang brauchst du, Gerd, noch Wissen. Das war unausgesprochen, das war nicht das Gefühl, dass jemand da Nachhilfe brauchte. Für Schröder [war dies] immer wieder ein Anlass, neu hinzuhören und ihn einzubeziehen als jemand, dem er große Bedeutung beigemessen hat.⁴⁸²

Die Gespräche dienten einerseits der inhaltlichen Vorbereitung des Redetextes. Andererseits sensibilisierten sie Gerhard Schröder für den historischen Kontext und die Befindlichkeiten, die ihn vor Ort erwarten würden. Am 1. August 2004 verbeugte der Bundeskanzler sich „in Scham angesichts der Verbrechen der Nazi-Truppen“⁴⁸³ vor den polnischen Opfern. Zudem positionierte er sich eindeutig gegen ein *Zentrum gegen Vertriebenen* in Berlin (vgl. IV. Kap. 8.2.3.2), denn er war „festen Willens“⁴⁸⁴, die Diskussion über Eigentumsrückgaben und Entschädigungen zu beenden. Dem Bundeskanzler gelang es mit seiner Reise, das Vertrauen der Polen zu gewinnen.⁴⁸⁵ Schröder beschreibt in seinen Erinnerungen, wie abends die „Anspannung“⁴⁸⁶ von ihm abfiel, „denn ich hatte das Gefühl, unser Land – im Geiste unserer Geschichte – angemessen repräsentiert zu haben“⁴⁸⁷. Nach der Reise sollte sich „politisch [...] die Debatte bald etwas beruhigen“⁴⁸⁸, wie auch Wolfrum konstatierte. Welchen Beitrag Grass dran hatte, kann nicht kausal gemessen werden. Anhand dieser Gedenkveranstaltung lässt sich jedoch belegen, dass seine Beratung in der heiklen Situation von Schröder explizit gesucht wurde.

Als weiteren wichtigen Beratungsanlass erwähnt Schröder das siebenhundertfünfzigjährige Stadtjubiläum von Königsberg/Kaliningrad 2005. Bereits 2003 ergriff Grass nach seinem Besuch dort eine „knappe Gelegenheit“⁴⁸⁹ am Rande einer Veranstaltung in Kiel, um den Bundeskanzler mit „einigen Stichworten“⁴⁹⁰ auf diesen

481 Gerhard Schröder, Beitrag „Wir brauchen international wieder mehr Kooperation“, 05.05.2020.

482 Uwe-Karsten Heye, 05.11.2020.

483 Gerhard Schröder, Rede anlässlich seines Besuches zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstandes, 01.08.2004.

484 Gerhard Schröder, *Die Europäische Union in der globalisierten Welt – Herausforderungen und Chancen für Polen und Deutschland*, in: FES (Hrsg.), *Willy-Brandt-Vorlesung 2010*, Warschau 2010, S. 12–23.

485 Kerski, Polen, S. 411.

486 Schröder, *Entscheidungen*, S. 348.

487 Schröder, *Entscheidungen*, S. 348.

488 Wolfrum, *Rot-Grün*, S. 616.

489 Günter Grass, Brief an Gerhard Schröder, 15.07.2003, in: GUGS.

490 Günter Grass, Brief an Gerhard Schröder, 15.07.2003, in: GUGS.

bald anstehenden, geschichtspolitischen Anlass hinzuweisen. Schröders bat, die Vorschläge schriftlich zu unterbreiten, sodass diese Beratung dokumentiert ist. Grass wies darauf hin, dass „offenbar von höchster Stelle, also von Moskau aus, regelrecht ein Verbot für derartige Feierlichkeiten ausgesprochen worden“⁴⁹¹ sei. Er setzte sich dafür ein, dass der Bundeskanzler „ein Wort mit Putin“⁴⁹² reden sollte. Der Intellektuelle entwickelte die Idee einer Organisation einer Lovis-Corinth-Ausstellung, was vor Ort auf „viel Zustimmung“⁴⁹³ traf, aber die nötigen Finanzierungsmittel für die Umsetzung fehlten.⁴⁹⁴ Er schrieb daher an den Bundeskanzler: „In Kiel sagtest Du spontan, Du würdest gerne eine solche Ausstellung eröffnen und batest mich, dabei zu sein: Selbstverständlich wäre es mir ein Vergnügen und auch eine Genugtuung, an Deiner Seite einen richtigen und wichtigen Schritt zu machen.“⁴⁹⁵ Er hoffte auf Unterstützung bei der Umsetzung, beispielsweise durch die Schirmherrschaft Schröders, denn eine derartige Veranstaltung könne nur „ermöglicht werden [...], wenn das Bundeskanzleramt und mit ihm Frau Weiß im Kulturministerium [sic!] in dieser Sache federführend ist“⁴⁹⁶. Grass fungierte hier als Vermittler, der seine bei einer Reise wahrgenommene Stimmung in Kaliningrad seismografisch dem Politiker weitergab. Grass' Impuls für die Ausstellung wurde nicht umgesetzt. Entgegen seiner Befürchtung fand das Stadtjubiläum allerdings statt. Gerhard Schröder reiste zu diesem Anlass nach Königsberg und hielt seine Rede in der Immanuel-Kant-Universität.⁴⁹⁷ Es wurde eine große Versöhnungsgeste von Wladimir Putin und Gerhard Schröder anlässlich des 750. Geburtstages erwartet, aber tatsächlich sorgte die fehlende Einladung der Nachbarländer Polen und Tschechien für Verstimmung.⁴⁹⁸ Dies brachte Schröder viel Kritik hinsichtlich seiner „erschreckende[n] Geschichtslosigkeit“ und seinem „fatalen Mangel an europapolitischem Gespür und Takt“⁴⁹⁹. Eine derartige ausgrenzende Politik war nicht im Sinne von Grass, der sich dazu nicht äußerte. Seine Beratung hinsichtlich Russlands blieb bei Schröder wiederholt erfolglos (vgl. 7.2.1). Der Intellektuelle hatte lediglich Einfluss, sofern die Beratung in der Geschichtspolitik gesucht wurde. Seine ungefragten Impulse führten dagegen nicht zu einer weitergehenden Zusammenarbeit.

491 Günter Grass, Brief an Gerhard Schröder, 15.07.2003, in: GUGS.

492 Günter Grass, Brief an Gerhard Schröder, 15.07.2003, in: GUGS.

493 Günter Grass, Brief an Gerhard Schröder, 15.07.2003, in: GUGS.

494 Vgl. Jürgen Manthey, Günter Grass in Königsberg, in: Königsberger Bürgerbrief (61 / 2003) S. 87–88, hier S. 88.

495 Günter Grass, Brief an Gerhard Schröder, 15.07.2003, in: GUGS.

496 Günter Grass, Brief an Gerhard Schröder, 15.07.2003, in: GUGS.

497 Vgl. Gerhard Schröder, Rede zur Umbenennung der Albertina-Universität in Immanuel-Kant-Universität, 03.07.2005.

498 O. V., Kreml enttäuscht Kanzler, in: Der Spiegel, 17.04.2005.

499 Dpa, Schröder in Kaliningrad, in: Die Zeit, 05.01.2005.

Grass war als symbolträchtiger Begleiter bei Staatsreisen nach Polen gefragt. Bereits Willy Brandt hatte ihn für 1971 in seine Delegation gewählt und auch Richard von Weizsäcker griff 1990 auf ihn zurück (vgl. 2.3.3). Dieser Tradition folgte auch Rudolf Scharping, als er den Intellektuellen fragte, ob er ihn nach Prag zu einem Treffen mit Václav Havel oder zu Gesprächen nach Warschau begleiten wolle.⁵⁰⁰ Grass entschied sich „nach längeren Überlegungen“⁵⁰¹ mit Hinblick auf den Austritt aus der SPD und seine Kritik an der Asylpolitik (vgl. IV. Kap. 4.3.1) gegen eine Reisebegleitung. Hier zeigt sich, dass eine gemeinsame politische Linie für eine Zusammenarbeit zwischen Grass und SPD-Politikern nötig war. Mit Ministerpräsidentin Heide Simonis pflegte er dafür ein gutes Verhältnis und begleitete ihre schleswig-holsteinische Delegation als „Ehrenbürger der Stadt Danzig“⁵⁰² anlässlich der 1000-Jahr-Feier der Stadt im Jahr 1997. Seine Lesung war „zweifelloso ein Höhepunkt unseres Programms“⁵⁰³, wie sich die Politikerin erinnerte. Diese Wahrnehmung entsprach der Presseberichterstattung, die Grass als „Hauptattraktion einer Mission, in deren Mittelpunkt Politik und Investitionen standen“⁵⁰⁴, bezeichnete. 1999 lud Simonis den Schriftsteller erneut zum 60. Jahrestag des Beginnes des Zweiten Weltkrieges nach Danzig ein, was aufgrund anderweitiger Verpflichtungen aber leider nicht zustande kam.⁵⁰⁵

Im Jahr 2000 begleitete Grass Bundeskanzler Schröder zu einer Gedenkveranstaltung anlässlich des dreißigsten Jahrestages des Warschauer Vertrages vom 7. Dezember 1970.⁵⁰⁶ Die Reise stand im Zeichen der Erinnerung an den legendären Kniefall von Willy Brandt und wurde als „Zeichen der politischen Kontinuität“⁵⁰⁷ inszeniert. Die Staatsdelegation bestand unter anderem aus Horst Ehmke, Hans Koschnick und Günter Grass, die bereits vor 30 Jahren Brandt symbolträchtig unterstützten.⁵⁰⁸ Grass hielt vor Ort eine Rede bei der Ausstellungseröffnung

500 Rudolf Scharping, Brief an Günter Grass, 24.02.1994 sowie 10.04.1994, in: AdK, GGA, Signatur 12511.

501 Günter Grass, Brief an Rudolf Scharping, 27.04.1994, in: AdK, GGA, Signatur 14306.

502 Heide Simonis, Brief an Günter Grass, 08.07.1999, in: AdK, GGA, Signatur 12632.

503 Heide Simonis, Brief an Günter Grass, 08.07.1999, in: AdK, GGA, Signatur 12632.

504 Cornelia Bolesch, Zwischen den Polen, in: SZ, 16.08.1997.

505 Vgl. Hille Ohsoling, Brief an Heide Simonis, 23.07.1998, in: AdK, GGA, Signatur 14381; Schleswig-Holsteinischer Landtag, Stenographischer Bericht, 17.09.1999.

506 Vgl. Gerhard Schröder, Brief an Günter Grass, 08.11.2000, in: GUGS; Busso von Alvensleben, Brief an Günter Grass, 27.11.2000, in: GUGS.

507 Hermann Bünz, Partner der Konsolidierung, in: FES (Hrsg.), 10 Jahre Büro Warschau, Warschau 2001, S. 33–36, hier S. 36.

508 Vgl. O. V., Schröder auf Brandts Spuren, in: Der Spiegel, 06.12.2000; Claus Christian Malzahn, Polen: Im Schatten einer Geste, in: Der Spiegel, 10.12.2000.

zum Thema *Willy Brandt und Polen* in der Friedrich-Ebert-Stiftung.⁵⁰⁹ Schröder besuchte wie Brandt das Denkmal in Warschau und enthüllte dort eine Gedenktafel. Der Bundeskanzler stand dabei vor der Herausforderung, angesichts dieses geschichtsträchtigen Vorbilds eine eigene Gedenkform zu finden. Vor der Abreise „bot sich Gelegenheit für ein ausführliches Gespräch“⁵¹⁰ mit Grass. Die Gesprächsinhalte können nicht rekonstruiert werden, aber Schröder scherzte später bei dem Treffen mit dem polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwasniewski, dass der Intellektuelle „besser Politiker geworden [wäre], weil er sowieso immer alles besser wisse“⁵¹¹. Grass betonte 2014 in einem Interview mit Gregor Schöllgen, dass Schröder in Polen eine „fabelhafte Figur“⁵¹² gemacht habe. Der Biograf suggeriert, dass der Intellektuelle den Bundeskanzler auch 2004 begleitet habe, dies kann aber durch die Quellenanalyse nicht verifiziert werden.⁵¹³

Grass' besonderes „Geschichtsgefühl“⁵¹⁴ machte ihn zu einem gern gesehenen Gesprächspartner für SPD-Politiker. Die Begleitung des Intellektuellen bei Staatsreisen nach Polen wurde von unterschiedlichen politischen Akteuren angefragt, da sie einen symbolischen und legitimierenden Charakter hatte.

8.4 Zwischenfazit: Intellektuelle Deutungsmacht in der Geschichtspolitik

Günter Grass nahm an den geschichtspolitischen Auseinandersetzungen in der Berliner Republik teil. Seine Erfahrung wurde von Politikern nachgefragt, bis sein Geständnis über die Waffen-SS-Mitgliedschaft seine Autorität erschütterte.

Politisches Ziel

Grass fühlte sich aufgrund seiner eigenen Biografie verpflichtet, sich politisch für eine Aufarbeitung des Nationalsozialismus einzusetzen. Der Intellektuelle verband daher stets seine Literatur, seine Reden und politischen Aussagen mit einem Rekurs auf diese Geschichtsepoche (vgl. Tabelle 71). Er ging davon aus,

509 Vgl. FES (Hrsg.), 25. Jahre Büro Warschau, Warschau 2015, S. 93; vgl. Jürgen Burckhardt, Brief an die Mitglieder der Delegation „Polen-Reise“ 06.12.2000, 30.11.2000, in: GUGS.

510 Günter Grass, Brief an Fred Breinersdorfer, 08.12.2000, in: GUGS; vgl. Günter Grass, Arbeitskalender 2000, in: GUGS; Knut Nevermann, 02.09.2020.

511 Nico Fried, Ein Freund, (k)ein guter Freund, in: SZ, 08.12.2000.

512 Günter Grass zitiert nach Schöllgen, Schröder, S. 774.

513 Vgl. Schöllgen, Schröder, S. 774.

514 Gerhard Schröder, 24.06.2020.

dass sich Geschichte wiederholen könne. Daher verfolgte Grass das Ziel, einen derartigen Rückfall zu vermeiden, indem er die Erinnerung an diese Zeit wachhielt und frühzeitig vor entsprechenden Entwicklungen warnte. Für die von ihm praktizierte Verschränkung von Vergangenheit und Zukunft führte er den Begriff *Vergegenkunft* ein. In der Berliner Republik förderte gerade der durch die Deutsche Einheit vergrößerte deutsche Nationalstaat Ängste bei Grass zutage, die er bei seinen Reisen auch in den Nachbarländern wahrnahm. Er argumentierte aus diesem Grund moralisch gegen einen starken Einheitsstaat (vgl. dazu IV. Kap. 2.1). Der Schriftsteller vertrat die Problemsicht, dass die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der Berliner Republik nicht abgeschlossen und auch die Anerkennung der verschiedenen Opfergruppen noch offen sei. Zudem thematisierte Grass die deutschen Opfer der Vertreibung, die er durch eine Stärkung des europäischen Gedenkens würdigen wollte. Als Problemlösung sah er weniger die Errichtung von Denkmälern, sondern die wichtige, erinnernde Funktion von Literatur, die einen Anstoß zu einem generationsübergreifenden Dialog gebe. Sein Ziel war es, zukünftige Generationen zu einem Hinterfragen von Ideologien zu ermutigen.

Tabelle 71: Günter Grass' politisches Ziel, Deutungsmuster und Interventionstyp in der Geschichtspolitik.

Politisches Ziel	Erinnerung an die Vergangenheit	
Problemdimensionen	<i>Problemsicht:</i>	Erinnerung an Nationalsozialismus und Verbrechen
	<i>Problemlösung:</i>	Literatur, Europäische Gedenkort
	<i>Problemziel:</i>	Versöhntes Europa
Deutungsmuster	<i>Historisch:</i>	Aktualisierung der Erinnerung durch Tagespolitik
	<i>Kulturell:</i>	Grenzüberschreitende Funktion für Versöhnung
Interventionstyp	Spezifischer Intellektueller	

Das *historische* Deutungsmuster begründete somit grundsätzlich Grass' politisches Schaffen. Als Schriftsteller betonte er zudem das *kulturelle* Deutungsmuster, da er Literatur und Kunst eine Lehrmeisterfunktion zugestand, mit deren Hilfe er die Versöhnung erreichen wollte. Grass setzte sich im geschichtspolitischen Bereich für Frieden und Versöhnung im Sinne eines *allgemeinen Intellektuellen* ein. Durch seine Biografie und seine erarbeitete Reputation verfügte er darüber hinaus über ein zusätzliches Fachwissen als *spezifischer Intellektueller*.

Methode

Um seinem politischen Ziel einer Aufarbeitung des Nationalsozialismus und einer Versöhnung mit den Nachbarländern näher zu kommen, kombinierte Grass verschiedene Methoden (vgl. Tabelle 72). Dabei sind seine Rollen als Schriftsteller und als Intellektueller in der Geschichtspolitik aufs Engste verzahnt, wie Grass besonders in seinen Reden *Schreiben nach Auschwitz* oder *Ich erinnere mich* thematisierte. In seinen literarischen Werken beschäftigte er sich auch in der Berliner Republik daher mit geschichtspolitischen Fragen, wie beispielsweise bei *Im Krebsgang* und *Beim Häuten der Zwiebel*. Diese Veröffentlichungen flankierte er zusätzlich als Intellektueller mit politischen Stellungnahmen in der Öffentlichkeit. Grass verwendete seine Expertise darüber hinaus für konkrete geschichtspolitische Maßnahmen. Sein geschichtspolitisches Engagement als Schriftsteller und Intellektueller in der Öffentlichkeit setze sich auch in der direkten, informellen Beratung fort. Er lieferte dabei auch unaufgefordert Impulse und nutzte seine politischen Kontakte, um beispielsweise die schnelle Entschädigung von NS-Opfern zu fordern.

Tabelle 72: Grass' Methoden in der Geschichtspolitik.

Methode	Organisator von politischer Öffentlichkeit	Politikberater
Beispiele	– Literatur: Novelle <i>Im Krebsgang</i> Autobiografie <i>Beim Häuten der Zwiebel</i> – Offener Appell: Entschädigung NS-Zwangsarbeiter – Repräsentant: Botschafter des dt.-poln. Verhältnisses Reisebegleitung G. Schröder 2000	– Anregungen für Reden (W. Brandt, G. Schröder) – Beratung und Impulse zu Reisen (R. Scharping, G. Schröder) – Beratung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern, Polnischer Post
Merkmale	Symbolischer Repräsentant in Polen / für Vertreibung Organisator von Öffentlichkeit (Literatur, Appelle)	Impulsgeber, Formulierungshelfer und Berater

Politische Resonanz

Grass erreichte durch seine Literatur, aber auch mit seinen begleitenden Stellungnahmen eine Resonanz in der Öffentlichkeit (vgl. Tabelle 73). Grass nahm durch seine Literatur Einfluss auf den geschichtspolitischen Diskurs. Dies lässt sich anhand der Veröffentlichung der Novelle *Im Krebsgang* belegen. Die dadurch entstandene Aufmerksamkeit instrumentalisierte Erika Steinbach als damalige Präsidentin

des Bundes für Vertriebene für ihre politische Initiative für ein *Zentrum gegen Vertreibung* in Berlin. Der Schriftsteller grenzte sich von diesen Ideen eindeutig ab. Grass unterstützte stattdessen den rot-grünen Gegenentwurf eines europäischen Gedenkens. Auch seine fiktionale Autobiografie *Beim Häuten der Zwiebel* verursachte durch die damit bekannt gewordene Waffen-SS-Mitgliedschaft einen Skandal, in dessen Zuge die Reputation des Intellektuellen in Frage gestellt wurde. Politische Reaktionen quer durch alle Parteien waren Bestandteil eines gesellschaftlichen Diskurses, der die Verwicklung dieser Generation im Nationalsozialismus thematisierte. Durch seinen kontinuierlichen Einsatz für die Verbesserung des deutsch-polnischen Verhältnisses wurde er als „Botschafter[...] von Polen und des Polentums in Deutschland“⁵¹⁵ in beiden Ländern anerkannt. Seine langjährig erworbene Reputation in der Geschichtspolitik wurde von einigen Politikern, besonders von Bundeskanzler Schröder, genutzt. Grass' geschichtspolitische Impulse lenkten die Aufmerksamkeit von politischen Akteuren auf das spezifische Thema.

Tabelle 73: Politische Resonanz von Günter Grass in der Geschichtspolitik.

Resonanz	Organisator von politischer Öffentlichkeit	Politikberater
Hoch	<i>Hohe Medienresonanz:</i> – Diskurs über Vertreibung durch <i>Im Krebsgang</i> – Stichwort Scham der Kriegsgeneration (Waffen-SS) ausgelöst durch <i>Beim Häuten der Zwiebel</i>	<i>Nachgefragte Beratung:</i> – Reden zu Gedenkveranstaltungen – Vorbereitung der Reisen nach Polen
Mittel	<i>Mittlere Medienresonanz:</i> – Anstoß zu Spenden für NS-Zwangsarbeiter	<i>Bedingt nachgefragte Beratung:</i> –
Niedrig	<i>Niedrige Medienresonanz:</i> – Impuls für ein Beutekunstmuseum – Begleitung von Politikern bei Reise nach Polen	<i>Nicht nachgefragte Beratung:</i> – Russland
Einordnung	– Agenda-Setter durch Diskursanstoß – Repräsentant – Impulsgeber	Beratung in geschichtspolitischen Fragen – Reden und Reisen nach Polen

515 Adamowicz, in: FES Polen, Sozialdemokratischer Mittler, S. 15.

Einfluss auf die Politik

Grass' öffentliche Impulse in der Geschichtspolitik wurden von Politikern zwar häufig diskutiert, jedoch erfolgte eine Umsetzung der Ideen meistens nicht. Lediglich der Aufruf von Günter Grass, Hartmut von Hentig und Carola Stern zugunsten der NS-Zwangsarbeiter mobilisierte die Spendenbereitschaft der Zivilgesellschaft und düpierte die Wirtschaft durch ihre noch fehlende, finanzielle Beteiligung. Diese Initiative führte zu politischen Gesprächen mit den verantwortlichen Politikern. Die Beratung des spezifischen Intellektuellen wurde von Politikern vor allem zur Vorbereitung vor wichtigen Gedenkveranstaltungen gezielt angefragt. Vor allem Bundeskanzler Schröder nutzte sein Geschichtsgefühl als Expertise und seine repräsentative Rolle zur Darstellungspolitik. Er konnte trotz seiner Kontakte zum Bundeskanzler und seinen Mitarbeitern allerdings keinen Einfluss auf entsprechende Gesetzesvorhaben nehmen. Ob Grass dennoch geschichtspolitische Prozesse beeinflusst hat, kann erst eine Öffnung der Bundesarchive nach verstrichener Sperrfrist zutage fördern.

Der Einfluss von Grass ist daher nicht in kurzfristigen politischen Prozessen, Gesetzen oder Maßnahmen zu verorten. Er führte vielmehr zu einer langfristigen Veränderung der politischen Kultur. So bewirkte das intellektuelle Engagement eine Differenzierung im Diskurs über Zwangsarbeit sowie der deutschen Vertreibung. Dies zog auch im Ausland eine politische Auseinandersetzung nach sich. Grass fungierte als Tabubrecher und hatte eine besondere Deutungsmacht in diesem Kontext. Eben diese Deutungsmacht und das politische Ansehen Grass' wurden fundamental durch die Veröffentlichung von *Beim Häuten der Zwiebel* erschüttert. Der Skandal führte zu einer häufig undifferenzierten Auseinandersetzung über die Verstrickung seiner Generation im Nationalsozialismus. Er zeigt, dass Reizworte wie *Waffen-SS* in der Berliner Republik weiterhin skandalisierend wirkten – ein Merkmal dafür, dass die Aufarbeitung noch lange nicht abgeschlossen ist. Grass' literarische Werke regten somit primär einen gesellschaftlichen Diskurs an (*Policy-Lernen*), wirkten zum Teil aber auch strukturierend (vgl. Tabelle 74). Dieser Prozess wurde durch die politischen Aussagen des Intellektuellen weiter unterstützt. Die öffentliche Thematisierung hatte langfristig Auswirkungen auf politische Prozesse, wie die Einrichtung der *Bundesstiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung* (*Diskursinstitutionalisierung*). Die Analyse belegt, dass Grass mit seiner Stimme in der Geschichtspolitik in der Öffentlichkeit zum Teil *Deutungsmacht* als Impulsgeber hatte, aber diese in der politischen Umsetzung an ihre Grenzen stieß. Seine kommunikative Macht wurde nachweisbar erschüttert, als seine Glaubwürdigkeit durch die *Waffen-SS*-Mitgliedschaft Schaden nahm.

Tabelle 74: Skala des politischen Einflusses von Günter Grass in der Geschichtspolitik (grau markiert).

Stufe 0	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4
Unterhaltung	Policy-Lernen	Diskurs-strukturierung	Diskurs-institutionalisierung	Diskurshegemonie/-macht
Mikroebene			Mesoebene	Makroebene

Funktionen des Intellektuellen

Grass fungierte in der Geschichtspolitik vor allem als Vermittler und Repräsentant (vgl. Tabelle 75). Einerseits *repräsentierte* er eine Kontinuitätslinie zur Ostpolitik unter Willy Brandt und andererseits das Schicksal eines Vertriebenen. Ein öffentlicher Auftritt mit ihm wirkte sich bis zum Waffen-SS-Bekenntnis positiv auf die Darstellungspolitik der Politiker aus. Der Schriftsteller gab als *Vermittler* zudem seismografisch die Stimmungen in Polen an SPD-Politiker weiter. Seine *Expertise* und Anregungen für Reden wurden von einigen Politikern bewusst genutzt. Als Intellektueller trat er als *Kritiker* auf, indem er stets vor einem Rückfall in alte Verhaltensmuster des Nationalismus mahnte. Grass' Vision, ein durch Kultur versöhntes Europa zu erreichen, sollte dagegen nationalistische Konflikte künftig vermeiden. Der Schriftsteller hoffte, dass Kunst und Literatur dabei eine *Vorreiterrolle* einnehmen. Aus diesem Grund thematisierte er aus freien Stücken sein Schweigen über die Waffen-SS-Mitgliedschaft. Seine Scham darüber war der Motor, sich politisch und literarisch trotz aller persönlichen Kritik der Öffentlichkeit für die Vergangenheitsbewältigung einzusetzen.

Grass gehörte der letzten Intellektuellengeneration an, die den Nationalsozialismus noch selbst erlebt hatten und ihre Erfahrungen und Deutungsmuster als Zeitzeugen in den Diskurs einbrachten. In der Berliner Republik zeigt sich deutlich, dass diese mahnenden Stimmen in der Öffentlichkeit zunehmend weniger beachtet wurden. Stattdessen wurde die Deutungshoheit dieser Generation zunehmend angezweifelt. Wie undifferenziert der Diskurs geführt wurde, zeigt der Skandal über Grass, Waffen-SS-Mitgliedschaft. Gleichzeitig macht sein Beispiel deutlich, wie Scham über die eigene Vergangenheit einen offenen Dialog blockiert. Auch in der Berliner Republik ist die Aufarbeitung des Nationalsozialismus somit nicht abgeschlossen. Grass' warnende Worte über den zunehmenden Rechtsradikalismus der Gesellschaft, der befördert wird durch die Wortwahl in der Politik – sie bleiben angesichts heutiger Entwicklungen zeitlos.

Tabelle 75: Funktionen Günter Grass' in der Geschichtspolitik.

Spezifischer Intellektueller	Geschichtspolitik	Resonanz
Schlichtungsagentur: Vermittler	Botschafter dt.-poln. Beziehung Seismograf für Stimmungen in Polen Kunst und Literatur als Beitrag zur Versöhnung	hoch
Kontrollorgan: Kritiker	– <i>Zentrum gegen Vertreibung</i> – Auszahlung der Entschädigung NS-Zwangsarbeiter / Polnische Post	mittel
Frühwarnsystem: Vorreiter	Gefahr des aufkommenden Rechtsradikalismus Versöhntes Europa	niedrig
Legitimationskraft/ Repräsentant	Kriegsgeneration/Vertriebene Reisen nach Polen 2000 mit G. Schröder	hoch
Sprachvermögen/ Formulierungshelfer	Sparringspartner / Formulierungen / Argumentation bei Reden	mittel
Fachexperte	Geschichtsgefühl	mittel